

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

57. Jahrg.

Abonnementpreis. Vierteljährlich 60 Pl., monatlich 22 Pl., ohne Postbefreiung. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern

Leipzig, den 13. September 1919

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pl., die fünfgrößte Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamanzeigen 60 Pl., die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 106

Zeitige Notwendigkeiten und spätere Erfordernisse

Mangel an psychologischem Verständnis ist an sich ein Fehler. In einer Periode der Gärung, unausweichbarer revolutionärer Veränderungen wie ungeheurer revolutionärer Umtriebe, gepaart mit schweren Nöten in allen Lebensbedürfnissen, aber mehr als das. Wir wissen uns frei davon, die Ursachen zu all den belästigenden Schwierigkeiten zu verkennen, und sind uns bewußt, daß die Rückwirkungen davon nicht durch schöne Redensarten oder große Gesten zu bannen sind. Wer alles verzieht, darf aber nicht alles entschuldigen, und wenn zu helfen heiliges Pflichtgefühl innewohnt, der kann nicht bis in den Grund der Seele hinein theilhaftig werden, soll nicht banglich schwanken, sondern er muß auf die Schwänze steigen und den Gefahren wehren, die alle geistliche Trübsal nur noch zu verlastern drohen.

Doch handeln alle diejenigen in diesem Sinne, die besonnen und befähigt sind, aufklärend, belehrend und beruhigend zu wirken? Ist das allein die Mission derer, die von der Welt so süßigen radikalen Schlagwortweitschweif aus Männern, die durch den Mehrheitswillen, aus Vertrauen auf ihre Posten gestellt sind, schon mehr und mehr zu Verrätern an der Sache geseilt werden? Hal nicht auch jeder andre, dessen Blick noch nicht ganz verdunkelt ist, der die Einsicht hehlt, daß die Heilung von schweren Krankheiten nicht durch Eisenbarikuren erfolgen kann, die Zugabe, mit seinem Willen und auch mit der Kraft seiner Überzeugung einzuwirken, um nicht rücksichtslos Minderheiten aufkommen zu lassen über allzu duldsame Mehrheiten?

Wenn auch niemand verwehrt werden kann, für seinen Standpunkt Stimmung zu machen, so ist es doch erst recht notwendig, für die eigene Meinung einzutreten und Überzeugung gegen Überzeugung zu stellen. Das wird um so wirksamer werden, je deutlicher daran die ungenüßige Verteilung des Allgemeininteresses ersichtlich ist, während demgegenüber die Verleumdung von Anschauungen, die offenbar auf Parole doktrinen zurückzuführen sind oder gar direkten Parteiparolen entspringen, unerlegete muß. Dieses Muß wird aber nur dann Wahrheit, wenn auf der einen Seite nicht bloß bis zum Fanatismus gesteigerte Rührigkeit zu beobachten ist, auf der andern jedoch, bei der Mehrheit, apathische Trägheit oder schlimmeres als vorherrschend beobachtet werden kann. Was nützt die nachher so wortreiche Verübungsmethode, daß die andern ja doch nicht den Himmel herunterzubolen vermögen? Reizt man dieser falls eingepaßten Energie nicht nur Vorwurf, wenn Vernunft und bessere Einsicht vor lauten oder lärmvollen Minderheiten, die sich in Zwischenrufen nicht genug tun können, nicht überzeugt, sondern bloß sträflich willkürlich kapitulieren?

Wir haben in diesem Jahre schon etlichemal über solche bedauerliche Erscheinungen gesprochen; in den Artikel „Der Parteikrieg und die Gewerkschaften“ sowie „Stimmungen und Regungen haben und drüben“ sind darüber ganz ungenüßliche Deutlichkeiten nachzuweisen. Der Erfolg ist nicht ausgeblieben — in dieser Nummer wird das durch eingeleitete Artikel erhellend bewiesen —, aber er befriedigt nicht. Gemessen an der Situation in den andern Gewerkschaften, sind wir Buchdrucker ja noch leidlich geteilt vor dem unheilvollen Sinnunterwürfen jedes Wortfalls von Wrazen, von neuzeitlich angerichteter Gewerkschaftsstatistik oder von nagelneuen Gewerkschaftsstatistiken. Die Befriedigung darüber kann jedoch nicht sonderlich groß sein, wenn man wahrnehmen muß, wie der Kreis von Kollegen, der nicht so sehr aus innerem Bedürfnis oder wirklicher Notwendigkeit als vielmehr aus dem jetzt so leidigen Drange, die Gewerkschaften und ihre Taktik nach dem Willen parteipolitischer Separationen zu „reformieren“, gewissermaßen Talsachen zu schaffen verfiel.

Die letzten Verammlungen in Berlin und Leipzig liefern dafür wieder ein bedenkliches Beispiel. Im Zeichen des

Tagesgeschickes von dem Entscheidungswillen und der Entscheidungsnotwendigkeit der Massen nimmt es sich wahrlich schlecht aus, daß in Berlin von 1000 Vertrauensleuten und in Leipzig nur von 100 tolenen Mitglidern, wie in den Verammlungsloal hineingepfercht werden konnten — etwa ein reichliches Drittel der Gesamtzahl —, prinzipielle Entscheidungen von weilttragender Art gefällig werden konnten, nachdem obendrein viele aus geradezu strafwürdiger Bequemlichkeit den „Kriegsauptplatz“ verlassen hatten. Mit knappen Mehrheiten kamen lo Entscheidungen zustande, die nun fälliglich als Willensausbruch der beiden größten Mitglidenschaft en hinausgelten, es aber gar nicht sind. Sie würden nicht einmal nach dieser trigen Vorstellung Mehrheitspollerungen geworden sein, wenn man es den radikalen Realisuren nicht überlassen dürfte, nach eigenem Gefallen Resolutionen zu sabotieren. Beim Fehlen von Gegenständen, beim Ausreihen so vieler, deren Anstrenzung nur in passiver Anteilnahme bestand, ist es förmlich noch ein Wunder, daß die anerkannt Aktiven, deren Methoden wie deren Prinzipien aber weniger Anerkennung verdienen, nur geringe Mehrheiten für sich buchen konnten. In Berlin hat man das materielle Ergebnis der letztmaligen Tagung unseres Tarifgemeinschaftsparlaments ja nicht abgelehnt, in Leipzig erfolgte erst auf ausdrückliche Belragung eine dahingehende Kommentierung, aber was im eigentlichen in Berlin wie in Leipzig beschlossen worden ist, vermag nicht einmal den Grundfähen der Logik standzuhalten, geschweige als wohlbewußte Proklamierung neuer Wege durch tatsächlichen Mehrheitswillen zu gelten.

Auf der Würzburger Generalverammlung des Verbandes im Vorommer 1918 erfolgte einmütlich wieder das Bekenntnis zur Tarifgemeinschaft. Nur eine Generalverammlung könnte einer neuerkannten Notwendigkeit genügen und die seit 1873 in unserm Aktionsprogramm (Statut) liehene Tarifgemeinschaft aufgeben. So ist der zu beschreitende Weg vorgezeichnet, wenn die oberste, nach streng demokratischen Grundfähen gebildete Instanz unserer Organisation ein solches Erfordernis anerkennen würde. Es mag durch die häufiger bis zur Unmöglichkeit gesteigerte Unvernunft auf Prinzipalsseite manche Tarifverdröhenheit in unsern Reihen aufgehommen sein, und wir stehen gar nicht an, dem Organisationsapparat der Prinzipalsität dieses „Verdröhenst“, zur Radikalisierung der Massen bei uns wesentlich beizutragen, zuzulieken, aber die Tarifgemeinschaft an sich wird deshalb nicht zu einem Söllensbreughel.

Versteht die maßgebende Prinzipalsität die Zeichen der Zeit mit der doch unweigerlich kommenden Sozialisierung lo jammervoll schlecht, daß sie die Ablösung der Tarifgemeinschaft beschleunigt, dann mögen sich die Schiebenden oder die Gehobenen als wahre Stümper im sozialen Interessenpiel begraben lassen. Wir brauchen aber weder die Versteigkeiten hüben noch die Verbobrbeiten drüben mitzumachen, sondern entsprechen den zeitigen Notwendigkeiten, wie sie nicht nur aus jahrzehntelanger Bewährung gegeben sind, sondern wie damit auch der unbestreitbare Mehrheitswille respektiert wird. Die Berliner und die Leipziger Resolutionen haben also keine Bedeutung im Augenblick, für sie ist, auch hinsichtlich der Einfügung des Betriebsräteinstems in das gegenseitige Verhältnis, erst die im zeitigen Frühjahr 1920 stattfindende Generalverammlung der entscheidende Zeitpunkt. Die Prinzipale können selbstverständlich auch nach Nutzenwendungen aus den Entscheidungen von solchen Verammlungsfragmenten leben, welche die Gehillen benachteiligen würden.

Der Berliner und Leipziger Vorgang hat große Ähnlichkeit mit der bei den Unabhängigen durch einen von den Kommunisten herbeigeführten Velschluß im Berliner Rumparbeitsrat jetzt aufgeworlenen Ablage an den Parlamentarismus. Saale hat vor acht Tagen auf einer Generalverammlung der Berliner Unabhängigen demgegenüber mit Schärfe betont, daß der Parteilag der Unabhängigen im März sich für den Parlamentarismus ausgesprochen habe. Die Kommunistische Partei selbst hat vor ganz kurzem eine Schwenkung vorgenommen und ließigelt nun wieder mit dem Parlamentarismus, im Gegenlage zu den Berliner kommunistischen und unabhängigen Arbeiterräten. Der

Führer des linken Flügels der Unabhängigen (Däumla) tritt im Vereine mit dem Leipziger jungen Geber, der weiß radikalere Neuausgabe eines radikalen Vaters, für direkte Aktion und Rädeiktatur ein. Aus der Reichshonferenz der Unabhängigen in dieser Woche werden die Extremen nach allen Vorgehen eine gehörige Niederlage ertillen haben, und damit dürfte das Tohuwabohu etwas gebilrt sein. Sollen wir durch das couragierte Auftreten unkurierbarer Inflationisten und die schwächliche Haltung der Mehrheit auch erst ein solches heillofes Infernezjo erleben, um wieder zur Klarheit zurückzugelangen, wo zur gleichen Zeit die Buchbinder und die Hilfsarbeiter kräftig nach einem Reichsstarik streben und die Arbeiter des Steinbrudgewerbes nach jahrelangem Ringen vor einiger Zeit dazu gekommen sind? Eine solche Gärungs- und Klärungsperiode bei uns wäre nichts andres als heulender Wahnsinn!

Eine „Friedensgesellschaft“ auf Gegenseitigkeit

Es regnet jetzt nicht nur Artikel und Aufsätze über das neue Berliner Ergebnis, sondern im Original, gekloppt oder abgeschrieben bringt fast jeder Postgang die dokumentarischen Beweise, wie sich der Deutsche Buchdruckerverein und der ein Kartell der Zeitungsverlegerorganisationen bildende neue Arbeitgeberverband für das deutsche Zeitungsgewerbe zusammengelunden haben zu einem Schubbündnisse gegen die Gehillen und Hilfsarbeiter. Wir machten vor den letzten Verhandlungen des Tarifauschusses schon Andeutungen aus Prinzipalsverammlungen, im beondern über die große Funktionortagung des D. B. V. in Leipzig am 3. August. Nach diesen Anfängen brachten die Berliner Beratungen es an den Tag, was man auf Prinzipalsseite ausgeheckt hatte und über ganz Deutschland auszubreiten in Begriff stand; in den Rückblickartikeln fand die neue Söllterdämmung dann einstellende genügende Erwähnung. Jetzt nun, nachdem in fast jeder Richtung Gedankenkurzschlüsse und logische Kopfschände üblich sind, verlangt man getierlich von uns Polaußenstöße gegen das neue Vorgehen der Prinzipale und Zeitungsverleger. Wir drücken aber nicht nur deshalb die beiden Gehelestelen einer zwar nicht zu bestreitenden, immerhin aber auch nicht unerklärbaren Scharlmacherlei nachliehend ab und lassen den Kollegen Albrecht (Köln) im folgenden eine kleine Erbauungsprödel an die andern Adressen halten. Wir werden die nicht unwichtige Rolle übernehmen, auch der Gehillenschaft kurz einlekt bei dieser Gelegenheit zu sagen. Zunächst der Wortlaut von den neuerfundenen Abwehrmaßnahmen.

Richtlinien für die der Schutzabteilung des Deutschen Buchdruckervereins angeschlossenen Betriebe

Die der Schutzabteilung des D. B. V. angeschlossenen Firmen sind verpflichtet:

1. Den Arbeitnehmern, gleichviel ob sie im eignen Betriebe des Unterzeichners tretlen oder nicht, keinerlei Zugeständnisse ohne Genehmigung des zuständigen Ausschusses zu machen und von etwaigen Forderungen der Arbeiter sofort ihren Orts- oder Bezirksarbeitsauschub zu verständigen,
2. Während einer Konfliktzeit keinerlei neue Aufträge ohne Einwilligung des Arbeitsauschusses zu übernehmen und auszuführen, gleichviel, ob dieselben von alter oder neuer Kundschaft, Privaten oder Behörden ertellt werden.
3. Auf Eruchen bestreiter oder bedrohter Betrlebe im Einverständnis mit dem Arbeitsauschusse Streikhaushaltsarbeiten zu übernehmen und diejenigen Arbeiter ihres Betriebs, welche die Ausübung dieser Arbeiten verweigern, wegen Arbeitsverweigerung zu entlassen ohne Kündigung,
4. Bei nachweislich passivem Widerstand ihrer Arbeiter die betreffenden Leute gleichfalls wegen Arbeitsverweigerung zu entlassen,
5. Alle in Betracht kommenden Vorkommnisse unverzüglich an den örtlichen Arbeitsauschub und an den Zentralarbeitsauschub zu melden.

6. Alle Anweisungen des zuständigen Arbeitsausschusses für die eintretenden besonderen Fälle genau zu befolgen.
7. Soweit Maßnahmen zur Einschränkung der in einem Verlag erscheinenden Unternehmungen am Setzungen und Zeilsetzungen erforderlich sind, weil in einem andern Betriebe solche Unternehmungen infolge Streiks nicht erscheinen können; keinerlei Verteilungspropaganda zu unternehmen, nur die bisherige Durchschlagsanlage bzw. die Auflage der letzten Woche zu drucken und, soweit es der Orts- (Bezirks-)Arbeitsausschuss mit Zustimmung der Kreis- oder Ortsarbeitsausschüsse für notwendig erachtet, das Erscheinen dieser Setzungen und Zeilsetzungen vorübergehend einzustellen, ferner auf Erfordern des Ausschusses sich auch an einer gemeinsamen Setzungsansage zu beteiligen und etwa dazu notwendige Arbeiten zu übernehmen.

Erklärung

Hiemit trete ich der Schlußabstimmung des Deutschen Buchdruckervereins bei, deren Richtlinien mir bekannt sind, und verpflichte mich zur gewissenhaften Erfüllung aller Anordnungen, die in Konfliktfällen mit der Arbeitsnehmerkraft vom Zentralarbeitsausschuss in Leipzig oder von dem für mich zuständigen Kreis-, Bezirks- oder Ortsarbeitsausschüsse getroffen werden.

Ich betrachte die Einhaltung dieser Verpflichtung als Ehrenpflicht und erkläre mich außerdem damit einverstanden, daß jeder Fall der Zuwiderhandlung mit einer vom zuständigen Kreis- und Schlichtungsgericht des Deutschen Buchdruckervereins zu bestimmenden Buße im Höchstbetrage von 5 Proz. der Jahreslohnsumme meines Betriebes bestraft wird. Als klageberechtigt erkenne ich den Vorsitzenden des Kreis- oder Ortsarbeitsausschusses oder eine geschäftliche Firma an.

Wegen der Aufhebung des Schlichtungsgerichts soll Beratung an das Berufungs- und Schlichtungsgericht des Deutschen Buchdruckervereins in Leipzig zufällig sein. Diese Schlichtungsinstanzen sollen endgültig unter Ausschluß der ordentlichen Gerichte entscheiden und gelten als Schlichtungsgerichte im Sinne der Justizprozeßordnung.

(Ort und Tag)

(Unterschrift)

Richtlinien für die Verleger deutscher Setzungen zur Abwehr unangerechter Forderungen seitens der Buchdrucker- und Buchdruckerhilfsarbeiter

Die Verleger deutscher Setzungen verpflichten sich:

1. Keine Verhandlungen mit den Arbeitsnehmern zu führen, Forderungen an Bewilligungen oder Entschädigungen irgendwelcher Art zu stellen, ohne Zustimmung der ober- oder beidseitigen von Arbeitsgebern des Setzungs- und Buchdruckergewerbes gebildeten Ausschüsse.
2. Soweit auf Ersuchen des zuständigen Ausschusses Maßnahmen zur Einschränkung der in einem Verlag erscheinenden Setzungen erforderlich sind, weil in einem andern Betriebe solche infolge Streiks nicht erscheinen können, keinerlei Verteilungspropaganda zu unternehmen, nur die bisherige Durchschlagsanlage bzw. die Auflage der letzten Woche zu drucken, in den bestmöglichen Ort bzw. Bezirk über die Anzahl der letzten Beilagen hinaus keine Verkaufsexemplare zu senden und eventuell auch das Erscheinen dieser Setzungen vorübergehend ganz einzustellen.
3. Während der Konfliktzeit keinerlei Druckaufträge irgendwelcher Art zu übernehmen ohne Einwilligung des zuständigen Ausschusses, gleichviel, ob dieselben von alter oder neuer Kundenschaft, Privaten oder Behörden erteilt werden.
4. Auf Ersuchen des zuständigen Ausschusses Arbeit in allgemeinen Interesse zu übernehmen und die- jenigen Arbeiter des Betriebes sofort ohne Kündigung zu entlassen, welche die Ausführung solcher Arbeiten verweigern. In Zweifelsfällen entscheidet der Zentralaus- schuss in Berlin, ob eine Arbeit im allgemeinen Inter- esse übernommen werden muß.
5. Diejenigen Arbeitnehmer, die nachweislich passiven Widerstand leisten, nach erfolgter Verwarnung gleichfalls wegen Arbeitsverweigerung zu entlassen.
6. Alle Anweisungen des zuständigen Ausschusses für die eintretenden besonderen Fälle (z. B. eventuelle Heraus- gabe einer gemeinsamen Setzungsansage) zu befolgen.
7. Sollten sich die dem Ausschuss angegebene Set- zungsverleger und Buchdruckerbeitnehmer über eine zu treffende Maßnahme nicht verständigen, so ist unverzüg- lich der Zentralauschuss in Berlin anzurufen, der end- gültig entscheidet.
8. Alle in Betracht kommenden Vorkommnisse, ins- besondere auch Unzulagen von Lohnbewegungen unverzüglich an den zuständigen Ausschuss und den Zen- tralausshuss in Berlin zu melden.

Im Einvernehmen mit dem Deutschen Buchdrucker- vereine sind für die Verleger deutscher Setzungen diese Richtlinien an Stelle der vom erwähnten Vereine herausgegebenen verbindlich.

Hierdurch erkläre ich, von den Richtlinien für die Verleger deutscher Setzungen zur Abwehr unangerech- ter Forderungen seitens der Buchdrucker- und Buchdruckerhilfsarbeiter Kenntnis genommen zu haben und erkenne diese als für mich verbindlich an.

Ort, Datum

Name, Firma

Dieser Verpflichtungsschein ist unverzüglich an den zuständigen Orts- oder Bezirksarbeitsausschuss einzulenden.

Dieser Verpflichtungsschein ist unverzüglich an den Vorsitzenden des Arbeitsgeberverbandes für das deutsche Setzungs- und Buchdruckergewerbe, Dr. Kurt Simon, Frank- furt a. M., Große Eschenheimer Straße 31-37, zu über- mitteln.

Hierdurch trete ich mit, daß ich am

dem **Orts-** Ausschuss deutscher Setzungsverleger und Buchdruckerbeitnehmer zur Abwehr unangerechter For- derungen der Buchdrucker- und Buchdrucker- hilfsarbeiter in **beigegeben** bin und mich auf die Einhaltung der vom Arbeitsgeberverbande für das deutsche Setzungs- und Buchdruckergewerbe herausgegebenen Rich- tlinien verpflichte habe.

(Ort und Tag)

(Unterschrift)

Was da von unserm Unternehmern in zweifacher Grup- pierung als eine zentrale Abwehrorganisations gegen die Gehilfen erkunden wurde, konnte nicht einmal in die richtige Form gegossen werden. Bei dem Fonds für beson- dere Zwecke hat man ja bereits vor sieben Jahren dieselbe Zweckmäßigkeit wahrgenommen, aber sie ging doch nicht so weit. Das zu einem Zwecke, der an sich im Zuge von Unternehmensorganisationen liegen kann, solche ausgelassenen Organisations- und Organisationsprogramme notwendig werden, er- warte ich schon als Geschäftsführer. Die Gewerkschaften pflegen nicht zu besonderen Gründungen zu schreiben, wenn sie gegen ihre Unternehmerrichtlinien streifen aufzulesen wollen oder müssen.

Es handelt sich vorab noch um den freiwilligen Bei- tritt zu der „Friedensgesellschaft“ m. b. H., wofür auch andre Varianten nach Wahl freistehen. Sollte es wie bei dem „Fonds“ zu einer Verpflichtung kommen, dann kün- digen wir schon jetzt einen Kampf an, der der Prinzipalität etwas mehr kosten wird als die übliche Entlohnung. Weiter verlangen wir jetzt eine Erklärung darüber, was die Set- zungsverleger unter „Abwehr unangerechter Forderungen“, und was die Prinzipale in schärferer Bestim- mung als „alle Anordnungen, die in Konfliktfällen mit der Arbeitsnehmerkraft . . . getroffen werden“, ver- stehen. Wollen die Herrschaften permanente Streik- kommissionen mit besonderer organisatorischer Gliederung errichten und diese auch gegen legale Verhandlungen und den zentralen Tarifabschluss in Funktion treten lassen, oder will man nur illegale Vorläufe aus Arbeiterkreisen damit treffen? Darüber muß unbedingt Klarheit werden! Mit Zweideutigkeiten läßt sich die Gehilfenschaft nicht mehr hinfalten; wir wollen wissen, woran wir sind. Danach dann unser Gegenschlag.

lassen die Prinzipale und Setzungsverleger Klarheit vermissen, was sie alles mit ihren Richtlinien streifen wollen, so sei von uns um so eindeutiger erklärt: In „Streikaus- schlüssen“ wird kein Gehilfe zu haben sein! Kommt es durch die Unverantwortlichkeit einzelner Personals zu einem Druckerkonflikt — durch ebensolches Handeln von Prinzipalen können Differenzen ja ebenfalls entstehen —, so muß es Sache der betreffenden Firmen und Gehilfen sein, durch Anrufung der Schlichtungs- und der Tariforgane überhaupt oder auch der Schlichtungsausschüsse den Kon- flikt wieder zu beseitigen. Niemals darf Streikarbeit verrichtet werden! Daraus entstehende Ausperrungen wird die Gehilfenorganisation behandeln, wie es in solchen Fällen immer geschehen ist. Wäre Streiks dagegen finden von unserer Seite keinerlei Unterstützung. Die Prinzipale und Setzungsverleger haben es also in der Hand, einen ausbrechenden Brand zu lokalisieren oder ihn zu ver- allgemeinern, was dann zu ihrem Nachteil ausfallen würde. Dieser Standpunkt dürfte jedes Mißverständnis auf der andern Seite ausschließen. Mit der Schlußab- stimmung des Deutschen Buchdruckervereins mit dem Zen- tralausshuss der Setzungsverleger können die Tariforgane und die Verbandsinstanzen auch bei Konfliktfällen in keinerlei Verkehr treten; sie sind keine legalen Ver- tretungen unserer Unternehmern. Die Konventionalstrafen wie die Entschädigungen der für solche Differenzen nun vor- gelegenen Schlichtungsinstanzen haben keinerlei rechtliche Gel- tung, weil die ordentlichen Gerichte ausdrücklich aus- geschlossen sein sollen. Das die Prinzipale und Setzungs- verleger sich zu Bußen bis zu 5 Proz. der Jahreslohn- summe ihrer Betriebe verpflichten sollen, lassen wir als ein Zeichen auf, daß „noch Geld unter den Leuten“ ist, wovon wir für spätere Erfordernisse gern Vorkerknung nehmen.

Klarheit soll aber auch den Kollegenkreisen gegenüber herrschen, die nicht am wenigsten dazu beigetragen haben, daß es zu solchen Maßnahmen von Prinzipalseite ge- kommen ist. Seit 1917 wenden wir uns gegen brüskete oder betriebswelles Vorgehen, wenn es über die Form und Methoden urbaner Verständigung hinausreißt. In diesen Jahren haben wir uns mehrmals in schärferer Form gegen derartige Praktiken ausgesprochen. Das zentrale Ge- füge der Tarifgemeinschaft wie unserer Organisation wird dadurch zum Schaden der Gesamtheit gelockert, die Stroh- kraft eines eventuell erforderlich werdenden Vorgehens auf der ganzen Linie vermindert und das Unternehmertum in

einer Weise an Arbeitseinstellung, Streik und Setzungs- stillstand gewöhnt, daß es auch von einer großen Aktion nicht mehr das befürchtet, was ihm früher als absolute Notwendigkeit erschien; auch das Publikum kommt zu einer Eingewöhnung, die im Ernstfälle dann den Prinzip- alen und Setzungsverlegern sehr von Nutzen ist, der Ge- billenheit aber durchaus zum Schaden gereicht. Die brüskierten oder Druckeraktionen zur Erzwingung höherer Feuerungsanlagen als nach der zen- tralen Regelung, die Durchführung von so ge- nannten Entschädigungssummen oder Wirtschaft- behilfen und auch andern Forderungen (Einzel- aufgaben der Nacharbeit usw.) — das ist es, was in erster Linie diese Abwehrmaßnahmen her- vorgerufen hat! Ein Teil der Gehilfenschaft ist es also, der durch sein Verhalten die jetzt so verdammten Scharfmachereien auf den Plan rief. Die brüskierten Aktionen in diesem Frühjahr haben folgermaßen ein Ende ge- funden!

Unsere Verbandsleitung hat in ihrem Aufrufe vom 26. Mai (Nr. 59) ganz deutlich darüber gesprochen, und legt ihm in einem Rundschreiben vom 8. September von ihr abermals klar und zweifelslos klar dar:

Dabei muß aber auch beachtet werden, daß an- geichts des neuen zentralen Abschlusses etwaige über die tariflichen Abmachungen hinaus- gehenden Sonderwünsche eine Förderung und Unterstützung seitens der Organisation nicht finden können. Im Interesse der Verbesserungen für die gesamte deutsche Gehilfenschaft müssen Sonderwünsche einzelner Personals oder Sparten zurückgestellt werden, um so mehr, als seitens der Organisation wie auch der Gehilfenvertretung stets das Bestreben obwalten wird, berechtigten Wünschen zu gegebener Zeit Gehör zu ver- schaffen.

Wir verlangen, daß diesem erneuten Appell noch mehr Beachtung geschenkt wird; es ist traurig, jetzt schon wieder Sonderaktionen zu erleben, deren Ergebnis seien zu dem Einmal in Einklang zu bringen ist, die aber das eine sichererreichende, nämlich festere Zusammenhalt und stärkeren Widerstand auf der andern Seite. Wenn man so kurz- sichtig bei uns ist, daß schon Ursache und Wirkung ver- kannt werden, dann muß es freilich der Klarheit darüber ermannt, daß Eigenmächtigkeiten der geschiedenen Art nur die Gesamtheit schädigen. Für diese neue Sorte von gewerkschaftlicher Taktik danken wir ganz entschieden, der Schritt bis zum Syndikalismus der gewerkschaftlichen An- alphabeten ist so wahrlich nicht mehr weit. Auch hier ist es notwendig, daß den brüskierten Vorkämpfern mehr Be- stand wird, und daß jeder vernünftige Denkende den nötigen Mut aufbringt, den nicht auf das Ganze lebenden Stroh- trupp anzugreifen zu lassen.

Im allgemeinen aber nochmals: Die „Friedensge- sellschaft“ auf Gegenleistung möge schleunigt kund und zu wissen tun, was von ihr zu halten ist. Es besteht noch ver- schiedene offene Fragen von Wichtigkeit. Dann wird mehr zu sagen sein. Das vorstehende an die Gehilfen- abresse Gerichte bleibt jedoch ungeschmälert bestehen, denn es sind ernste Mahnungen, die gar nicht einbringlich genug gepredigt werden können.

Scharfmachereien des Deutschen Buchdruckervereins

Zu einer Scharfmachereiorganisation entwickelt sich immer mehr der Deutsche Buchdruckerverein, der sich so viel und gern mit seinem angeblich sozialen Verständnis brüskt. Dieses soziale Verständnis hat in der Kriegszeit vielfach vollständig verlagert, und darauf ist es in erster Linie zurück- zuführen, daß die Buchdruckergehilfen in der Kriegszeit in sozialer und wirtschaftlicher Beziehung zurückgefallen wurden und heute nicht selten hinsichtlich der Entlohnung unter dem ungelerten Arbeiter leben, obwohl der Buch- drucker eine vierjährige Begehrzeit zu absolvieren und an seine Aus- und Weiterbildung erhebliche Kosten zu wenden hat, um den Anforderungen zu entsprechen, die das Ge- werbe an ihn stellt.

Während in andern Berufen nach dem Ansehen der Lebensmittelpreise auch die Löhne in die Höhe gingen, blieben die Buchdrucker bis zum April 1918 an ihren Friedenslöhnen hängen, die im Jahre 1911 festgelegt worden waren. Dann wurde erstmalig im April 1916 eine Feuerungszulage von sage und schreibe monatlich 4 bis 10 Mk. für Verbeiräte und 3 bis 8 Mk. für Ledige festgelegt, dazu Kinderzulagen von 2 Mk. pro Monat für jedes Kind unter 16 Jahren. Im Oktober 1916 wurde diese Zulage dann auf 5—17,50 Mk. pro Monat für Ver- beiräte und 3,75—14 Mk. für Ledige erhöht. Erst im Mai 1917, wo die Feuerung schon einen großen Umfang angenommen und in der Kriegsindustrie den verletzten Lebensverhältnissen entsprechende Löhne gezahlt wurden, erfolgte die Festlegung wöchentlich Feuerungszulagen von 3 bis 9,50 Mk. für Verbeiräte und 2 bis 8 Mk. für ledige Gehilfen. Die Kinderzulage kam mit der Ein- führung der wöchentlichen Feuerungszulagen in Form. Infolge der geringen Entlohnung in den ersten Kriegs- jahren waren die Buchdrucker sozial und wirtschaftlich immer weiter zurückgefallen.

Ohne weiteres mag angegeben werden, daß die Lage des Gewerbes in der ersten Kriegszeit keine günstige war,

und die Gehilfenschaft hat hierauf auch die weitestgehende Rücksicht genommen. Inzwischen haben es aber auch die Buchdruckerbetriebe verstanden, einen Ausgleich herbeizuführen, und vor allem die Setzungsarbeiten haben durch Erhöhung der Abnormenpreisse, durch Erhöhung der Inflationpreisse und Verkleinerung der Spalten und der Schriftgröße die dann später in raskerer Weise folgenden Steuerungsanlagen auszugleichen verstanden, wie sie auch in diesen Blättern nicht nur die Befassung abgewandt, sondern der größte Mühsal der Steuerungsanlagen gewesen sind. Anerkennung soll werden, doch zahlreiche Firmen erbeulicht über die selbstgekauften Steuerungsanlagen hinausgegangen sind, um der Vollage ihrer Gehilfen zu steuern. Das geht nun aber der Schärferen Richtung im Deutschen Buchdruckerwesen nicht und man hat, um jedweden Sondervorzug der Gehilfen zu besorgen und Sonderanwendungen leistungsfähiger und sozial denkender Firmen zu verhindern, eine Schwebstellung ins Leben gerufen, die ich formuliere Richtlinien aufstellt hat.

Diese Richtlinien almen alles andere denn sozialen Selbst; sie zeigen mit aller Deutlichkeit, daß der Deutsche Buchdrucker seinen Blick zu einer verlässlichen Schärferen Organisation entwickelt. Auch die Setzungsverleger haben ähnliche Richtlinien aufgestellt; es hat den Ansehen, als ob die Prinzipale des Buchdruckgewerbes ihre Ehre darin setzen, heilig als der Fort der Reaktion zu gelten. Was, was im Buchdruckgewerbe sich zur Zeit abspielt, wird sich sehr bald auf andere Berufe übertragen. Es ist ein Spiel mit dem Feuer, das der Deutsche Buchdrucker spielt. In einer Zeit, wo alles gärt, stürmt und bräut, sollte denn doch die Organisation im Unternehmerlager, die am häufigsten die Vorteile des gewerblichen Friedens durch den Tarifvertrag davongetragen hat, derartige Schärferen unterlassen.

Daß die Schärferen im Deutschen Buchdruckerwesen in erster Linie in Rheinland-Westfalen ihren Sitz haben, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden. Die Herren scheinen sich der Gefahr, die ein allgemeiner Streik im Buchdruckgewerbe oder eine Ausperrung, die sie planmäßig vorbereiten, für das gesamte Wirtschaftswesen im Gefolge haben wird, nicht bewußt zu sein. Deshalb sei ihnen mit aller Deutlichkeit zugewiesen: Hände weg! Fort mit diesen schärferen Richtlinien, die den gewerblichen Frieden aufs ernstliche gefährden!

Emil Albrecht.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Berlin. (Generalversammlung am 1. September.) Tagesordnung: „Die Beschlässe der Tarifauschulbungen“. In der außerordentlich gut besuchten Versammlung nahmen auch die Vertrauensleute und Druckerstellvertreter teil. Kollege Mastitt führte den Ersten in eingehenden Ausführungen ein Bild von den Verhandlungen des Tarifauschulbungsorgans vor Augen und erläuterte im einzelnen die dort gefassten Beschlüsse. Der Referent sagte seine Meinung zum Schluß dahin auf, daß die Beschlässe des Tarifauschulbungsorgans zwar keine allgemeine Zielsetzung herbeiführen können, daß wir uns aber damit leben lassen könnten. Lebhafter Beifall lohnte ihm. Kollege Schneider gab in längeren Ausführungen seinem Bedauern Ausdruck, daß die berechtigten Forderungen der Rotationsdrucker auch diesmal wieder nicht berücksichtigt worden seien. Kollege Barbhnecht meinte, wenn bei dem traurigen Resultat der Tarifauschulbung der Beifall für Mastitt noch so betrüßlich sei, so gelte dieser wohl mehr dem Pathos als den tatsächlichen Ergebnissen. Es hätte vor der Tarifauschulbung eine Verammlung stattfinden müssen. Zur Erfassung der Betriebsratswahlen habe die Organisation nicht Stellung nehmen können, ebenso wenig zur Abgabe des Banknotenbruchs nach Wien. Bei fehlender Arbeitsschutz würde auch durch Setzungsverbote das Gewerbe gefährdet. Bei mochanweitem Aussehen müsse Arbeitsschutzunterstützung gesacht werden. Wozu haben wir eine Unterstützungsorganisation? Die 12 Mk. Zulage sei das einzige Ergebnis der Ausschulbung; dazu einige Verleschlechterungen. Was bedeuten 125 Mk. für Berlin! Wir sehen das kärgliche Ergebnis ab, weil wir damit nicht den nächsten Hunger stillen können. Die wichtigste Frage sei die der Betriebsräte. Diese Frage sei bei den Gehilfenvertretern in schlechten Händen. Man wolle vor den tatsächlichen Mandatären der Prinzipale zurück, weil die Gehilfen nicht die revolutionäre Kraft hätten. Das Betriebsrätegesetz könne der Gehilfenschaft nicht genügen, sie müsse vielmehr Einfluß auf das Wirtschaftswesen bekommen. Man veranhere statt des Rätegesetzes den Kapitalismus. Die Arbeiterschaft bekomme erst dann ihr Recht, wenn sie das reine Rätegesetz aufbaue als Bilanz gegen den Kapitalismus. Deshalb sei jede Tarif- und Arbeitsgemeinschaft abzulehnen. Der Redner reichte folgende Resolution ein: „Die heutigen Generalparlamentarismen ohne Zielsetzung und Kenntnis von den Tarifauschulbungen und erklärt: Die materielle Besserstellung der Gehilfenschaft wird durch fortwährende Steigerung aller Lebensbedingungen aufgehoben. In der klaren Erkenntnis, daß nur durch das volle Mitbestimmungsrecht auf der Grundlage des Betriebsrätegesetzes eine Befreiung unseres Wirtschaftswesens möglich ist, lehnt die Versammlung diese Lohn- und Tarifpolitik ab und fordert die Kollegen auf, mit uns einzutreten für die Ablehnung der kapitalistischen durch die sozialistische Produktionsweise.“ Von den Kollegen Mapp und Engelmeier wurden die Ausführungen des Kollegen Barbhnecht unterstützt, während die Kollegen Lobe und Geis sowie Mastitt im Schlusswort denselben entschieden gegenübertraten. Nach Stundenlanger Debatte gelangte ein Antrag auf Schluß zur Annahme. Die Resolution des Kollegen Barbhnecht wurde darauf

von der schon vorläufig gefassten Versammlung gegen eine starke Minderheit angenommen. Weiter gelangte eine Resolution zur Annahme, die sich gegen die Anebelung der Preisfreiheit richtete.

M.-Sagen i. M. In der am 24. August hier abgehaltenen Bezirksversammlung, die einen zufriedenstellenden Verlauf aufwies, gedachte der Vorsitzende, nach Begrüßung der Erschienenen und den aus dem Gebiete zurückgekehrten Kollegen ein herzlich Willkommen zuzusprechen, der Opfer, die der unglückliche Streik von unserm Verbands gesordert sowie der 45 gefallenen Kollegen des Bezirks. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete das Thema: „Die gewerbliche und tarifliche Lage“. Kollege Lorenz behandelte dieses Thema in einleitenden, mit Beifall aufgenommenen Ausführungen. Einleitend berührte er in kurzen Strichen die Verhandlungen des Gewerkschaftskongresses und äußerte seine Befriedigung über die dort gefassten Beschlüsse. Einer scharfen Kritik unterzog der Redner das Verhalten eines Teiles der Prinzipale, die sich der Einführung der Steuerungsanlagen im Januar widersetzten und erst durch die tariflichen Instanzen und schließlich auch durch Arbeitseinstellungen zur Beibehaltung der Zulagen gezwungen werden mußten. In der Ablehnung berechtigter Forderungen der Gehilfenschaft sei sich die Prinzipalität immer einig, während bezüglich der Einhaltung des Druckverlehrs nichts zu merken sei, denn ständig höre man die Prinzipale über Schmutzkonkurrenz klagen. Das Verhalten der Prinzipale auf Abbau der Löhne sei angedeutet der immer noch steigenden Steuerungsanlagen unverständlich, und charakteristisch sei es, daß der diesbezügliche Antrag von der rheinisch-westfälischen Prinzipalität auf deren Logung im Juli in Düsseldorf ausgedeutet worden sei. Die kurze Aussprache bezog sich im Sinne des Referenten. Nachdem beschlossen war, auch die nächste Bezirksversammlung in Sagen abzuhalten, wurde die Versammlung nach knapp dreistündiger Dauer geschlossen.

Leipzig. Vor überfüllter Versammlung am 5. September, in welcher trotzdem nicht die Hälfte der Leipziger Gehilfen anwesend sein konnte, berichtete Kollege Wogenitz über die Verhandlungen des Tarifauschulbungsorgans. Er bezeichnete die letzte Tagung unseres Tarifparlamentes als die aufregendste aller bisherigen. In der Sonderkommission sowohl wie im Plenum mußten den Unternehmern die Jugendschulung Schrift für Schrift abgerungen werden. Sol auch unter Vorlage betriffs der Betriebsräte nicht zur Annahme gelang, so mußte doch gesagt werden, daß durch die Anmerkung der Vertrauensmänner und deren Mitbestimmungsrecht bei allen Anordnungen der Beschäftigung ein bedeutungsvoller Schritt nach vorwärts getan sei. Auch er sei mit dem Ergebnisse nicht zufrieden, leider sei aber nicht mehr zu erreichen gewesen. Kollege Krone behauptete, daß die beiden letzten Tarifauschulbungen der Tarifgemeinschaft den Todesstoß verfehlt hätten. Die Anträge der Prinzipale seien Lug und Trug gewesen, und die Gehilfenvertreter seien darauf hineingefallen. Mit der Tarifgemeinschaft müsse aufgeräumt werden. Nur im Rahmen eines Indultvertrages auf dem Boden des Rätegesetzes sei eine Besserung der Lage der graphischen Arbeiter zu erreichen. Er unterbreite der Versammlung folgende Resolution und hoffe, daß die Leipziger Kollegen das Ergebnis der Verhandlungen ablehnen: „Die Leipziger Gehilfenschaft lehnt die Arbeitseinstellung zwischen dem Unternehmerium und der Arbeiterschaft als völlig unangelegnet zur Bewahrung ihrer Lebenslage ab. Unter der Tarifgemeinschaft benutzen die Unternehmer die Ruhe im Produktionsprozesse zur verächtlichen Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten. Die Leipziger Buchdruckergehilfen fordern Aufhebung der Tarifgemeinschaft und den Abschluß kurzfristiger Tarifverträge auf dem Boden des Klassenkampfes. Die Versammlung fordert die Einführung und Anmerkung der Betriebsräte und deren volles Mitbestimmungsrecht, um so Einfluß zu gewinnen auf die Produktion und mit Hilfe dieser Einrichtung in verstärktem Maße den Kampf um bessere Lebensbedingungen und letzten Endes um den Sozialismus aufzunehmen.“ Am solchen Sinne bewegen sich die Ausführungen der Kollegen Böttger, Schneider und Straßmann. Auf die Verhandlungen des Tarifauschulbungsorgans gingen dies weniger ein, sondern suchten vielmehr für das Betriebsrätegesetz und für die Gründung eines graphischen Indultverbandes Stimmung zu machen. Kollege Schaeffer unterließ sich Teilnehmer an den Tarifverhandlungen die Ausführungen des Gehilfenvertreter. Auch er sei mit dem Ergebnisse nicht zufrieden, wünsche aber, daß vor Annahme der Resolution diese einer redaktionellen Anberung unterzogen werden möge, weil sie sich zu sehr widerspreche. Für die Betriebsräte und den graphischen Indultverband trete er jederzeit ein, aber er gebe darin einen andern Weg, wie er hier zum Vorkommen komme. Kollege Hessebarth trat den Ausführungen der Kollegen Krone und Böttger scharf entgegen, oft von Beifall und auch Widerspruch begleitet. Nicht Interesse für Besserung der Lage der Arbeiter sei die Triebfeder des Handelns dieser Kollegen. Sie verfolgten vielmehr persönliche parteipolitische Bestrebungen und sollten endlich einmal aufhören, die Äußerer der Arbeiter zu verwirren. Praktische Mitarbeit oder Vorschläge, wie es besser gemacht werden könne, läßen jene Kollegen leider sehr vermissen. Auch er trete für einen Indultverband ein, warte aber vor einem Gebilde im Sinne des Kollegen Böttger. Wäre der Streik verfahren, so suchte man die Schuld auf andre abzuschoben. Kollege Strahl verwies darauf, daß andre Gewerkschaften sehr Reichsarbeiterschaften anstreben und zum Teil damit schon Erfolg gehabt haben, namentlich in den graphischen Berufen wolle die Arbeiterschaft sich diesen Weg, während hier Kollegen dagegen Sturm liefen. In der Hand von

Brücker und Ausprägungen von linkslebenden Blättern, politischen und Gewerkschaftsleitern wies er auf die verwickelten Anschauungen über das Rätegesetz und auf die Schwierigkeiten bei Gründung von Indultverbänden hin. Im graphischen Gewerbe werde ein Zusammenhang der einzelnen Organisationsformen schon längst erwogen, es müsse das nun beschleunigt werden, aber auf der Grundlage des Betriebsrätegesetzes sei das nicht zu machen. Er warte vor britischen Bewegungen und verweise dabei auf die Vorzüge in Breslau, Düsseldorf, Schweden und Italien sowie auf die Berliner Metallarbeiter, die einen so gar nicht betrieblenden Schiedsgericht annehmen. Weiter erwog er die Chancen eines Kampfes mit uns nach der materiellen wie nach der ideellen Seite. Mit Nachdruck wandte er sich gegen die Resolution Krone, dabei auch hervorhebend, daß man in der eingereichten Resolution wie nach gehörigen Ausführungen die Tarifgemeinschaft verwerfe, aber Tarifverträge wolle. Kollege Engelbrecht machte auf die Konsequenzen der Annahme der Resolution Krone aufmerksam. Den Prinzipalen könnten wir keinen größeren Schaden tun, als wenn wir gegenwärtig in einen Streik eintreten würden. Dieser sei geradezu eine Unterfütterung der Leipziger Buchhändler. Die Anträge, ob Kollege Krone auch die materiellen Zugeständnisse ablehnen wolle, bejahte dieser. Kollege Engelbrecht stellte dieses ausdrücklich fest. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wurde darauf angenommen. Abgelehnt wurde ein Antrag, über Annahme bzw. Ablehnung des Ergebnisses eine Urabstimmung vorzunehmen. Hierauf wurde die Resolution Krone bei schon gellachter Versammlung mit knapper Mehrheit angenommen; eine andre, noch weitergehende von Straßmann (Ablehnung und sofortige britische Verhandlungen, auch über das Rätegesetz, durch eine freigewählte Kommission) vereinfachte nur wenige Stimmen auf sich.

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

Nachkommenswerte Weltteile. Am 1. September besag die Firma Oskar Laube in Dresden ihr 25jähriges Bestehen und gab aus diesem Anlaß dem gesamten Personal (über 80 Personen) namhafte, nach der Dauer der Beschäftigung abgestufte Geldbeträge aus.

Bewußte Irreführung der Öffentlichkeit. Der Verlag des Reichsboten, G. m. b. H., in Berlin wies in einer Mitteilung an seine Leser zur Begründung einer Steigerung des Einzelpreises u. a. darauf hin, daß infolge Tarifauschulbungsorgans „eine abnormale Erhöhung der Steuerungszulage um 12 Mk. für Handfeger und um 15 Mk. für Maschinenfeger“ eingetreten sei. Weiter wird dann gesagt: „Die Handfeger erhalten nach Eintreten der Erhöhung einschließlich der Nachschichten 7000 Mk. jährlich, die Maschinenfeger einschließlich der Nacht- und Sonntagsschichten 8100 Mk. jährlich. Einzelne Spezialarbeiter stehen sich noch besser.“ In der Art und Weise, wie hier vom Verlage des „Reichsboten“ verhandelt wird, mit den „hohen Löhnen“ der Buchdrucker zu manipulieren, liegt eine bewußte Irreführung der breiten Öffentlichkeit und eine Verdrehung der wirklichen Verhältnisse. Im Jahreslohn in der angestellten Höhe zu erhalten, müssen Handfeger und Maschinenfeger das ganze Jahr hindurch volle Beschäftigungsmöglichkeit haben. Ihr Arbeitsverhältnis darf also durch irgendwelche unworberzulebende Ereignisse, z. B. durch Krankheit usw. keinerlei Unterbrechung erfahren. Bei der jahrelangen ganz ungentügenden Ernährung aber hat selber die körperliche Widerstandsfähigkeit allgemein eine so starke Herabsetzung erfahren, daß nur die weitesten Gehilfen in der Lage sind, ihr Jahrespensum ohne jede Unterbrechung abzuschrauben. Dieser Tatsache gegenüber sei zur Illustrierung der Verächtlichkeit der Behauptungen des Verlags des „Reichsboten“ auch noch darauf hingewiesen, daß für die Errechnung der Jahreslöhne sogar alle etwaigen Nacht- und Sonntagsschichten mit ihren Zuschlägen herhalten mußten, um auf die vorgeschuldeten Summen zu kommen. Wenn es der Verlag des „Reichsboten“ für absolut notwendig erachtet, an Hand der tatsächlichen Wochenlöhne der Buchdrucker den Nachweis für eine Steigerung des Einzelpreises zu führen, so ist das keine Sache. Wogegen wir uns jedoch entschieden wenden müssen, das ist der Versuch, die Öffentlichkeit durch Phantastik des Buchdrucker irre zu führen.

Übergriff der britischen Behauptungsbehörde. Die Buchdrucker im Wuppertaler Gebiet (Elberfeld-Barmen, Solingen usw.) haben sich mit den Tarifabmachungen nicht einverstanden erklärt, weil sie durch eine frühere Vereinbarung schon eine höhere Steuerungszulage erwirkt hatten, die ihnen nun wieder entzogen werden sollte. Dieses führte zum Teil zum Ausstand, falls wurden unter Kollegen ausgeliefert. So in Solingen, wo die Kollegen in der „Walden Zeitung“ die Arbeit niederlegten und die übrigen Druckerbetriebe ihre Solidarität dadurch bekundeten, daß sie ihre Betriebe schlossen, so daß keine Zeitungen mehr erschienen. Nunmehr hat die britische Behörde in Solingen die sofortige Aufhebung des Ausstandes und der Ausperrung verlangt unter Androhung von Strafen.

Entfaltungen im besetzten Gebiet. Bekanntlich wurden Anfang Juni verschiedene Partei- und Gewerkschaftsunterstützer infolge des Generallagers in Mainz verhaftet und kurz darauf ins rechtsrheinische Gebiet in Gefangenenlager usw. abtransportiert. Darunter befand sich auch Kollege Conrad, der rührige Vorsitzende des Bezirks Mainz. Wie uns jetzt mitgeteilt wurde, durfte der Genannte am 5. September bedingungslos wieder in sein früheres Wirkungsgebiet einwandern. Wir begrüßen mit unsern Mainzer Kollegen die Rückkehr des Kollegen

Conrad auf's freudigste und wünschen ihm auch weiterhin eine erprobte Wirksamkeit im Interesse unserer Organisation!

Ein Buchdrucker als Museumsdirektor. Unter dieser Epithete haben wir vor kurzem eine Meldung aus der Tagespresse wieder, wonach unser Kollege Anton Eißhöfer in Göttingen zum Verwalter der dortigen ehemals herzoglichen Sammlungen ernannt sein sollte. Wie uns der Genannte jedoch mitteilt, hat er lebhaft die Geschäfte des früheren Hausmarschalls übernommen, dem die Verwaltung der Sammlungen abzugeben vom Museum, im Schloß Friedenstein befindlich, so hat über diese selbst Kollege Eißhöfer - wie er schreibt - doch „nur zu liegen“. Wir nehmen selbstverständlich gern Gelegenheit, den Sachverhalt richtigzustellen.

Eine katholische Verlags-Gesellschaft. Die katholischen Buchhändler Deutschlands haben sich zu einer Verlags-Gesellschaft zusammengeschlossen, die Zweck verfolgt, gute Literatur in geschmackvoller Ausstattung und zu mäßigen Preisen zu verbreiten. Das neue Unternehmen soll seinen Sitz in Münster L. W. erhalten.

Beendigung des Streiks im Leipziger Buchhandel. Am 10. September erloschte die Streikleitung der Buchhandelsangestellten in einer starkbesetzten Verammlung Bericht über die unter Vorherrschaft eines Regierungsvertreters geführten Einigungsverhandlungen, die zu einem Protokoll führten. Beide Parteien haben sich bereit erklärt, wegen Aufschlusses eines neuen Tarifvertrags in Verhandlungen einzutreten und diesen bis zum 31. Januar 1920 unter Dach zu bringen. Die neuen Vereinbarungen stellen einen Leistungsertrag dar, wobei neben dem Lebensalter auch Arbeitsleistung und Vorbildung der Angestellten in Betracht gezogen werden. Die Gehaltslächer des am 31. Juli d. J. abgelaufenen alten Tarifs bleiben für die Zeit bis zum Abschluss eines neuen Tarifvertrags in Kraft mit einem 40-prozentigen Zuschlag für Verlag- und bibliophiles Antiquariat. Für die Zweige des Buchhandels, in denen die weitläufigsten Angestellten beschäftigt sind, den Zwischenbuchhandel, die Kommissionsgeschäfte, das Barfortiment, das Großlogischäft, tritt eine 30-prozentige Erhöhung ein. Den gleichen Satz erhalten die Angestellten im regulären Sortiment, im Buchholz-, Belle- und Verlagsbuchhandel, in Teilbibliotheken, im wissenschaftlichen und Exportantiquariat sowie im Rantelantiquariat, im Kolportagebuchhandel und in ähnlichen Betrieben. Falls die Buchhandelspreise laut Nachschubordnung um weitere 20 Proz. erhöht werden, soll den letztgenannten Angestelltenkategorien eine weitere Gehaltserhöhung gewährt werden. Außerdem erhalten alle Angestellten des Zwischenbuchhandels eine Beihilfe von 150 bzw. 75 Mk. für Verheiratete und Ledige. Wegen weniger Stimmen wurden die provisorischen Vereinbarungen von den Ausländern angenommen. Mit der Wiederaufnahme der Arbeit am 12. September kann der gegen eine der äbstehten und hartnäckigsten Unternehmerkoalitionen geführte fünfwöchige Streik der Leipziger Buchhandelsangestellten als beendet angesehen werden. Beide Teile dürften die notwendigen Voraussetzungen aus letzner Verlaufe sieben. Namentlich die Unternehmer werden einlehen gelernt haben, daß der geschäftliche Nachteil, der aus der Erbitlerung einer mit Hungerlöhnen abgepellten Angestelltenkategorie erwächst, weit schwerer wiegt als die geblischen Aufwendungen, die

notwendig sind, um den Buchhandelsangestellten eine menschenwürdige Existenz zu sichern.

Billigere Schuhe für Minderbemittelte? In einer kürzlich in Berlin abgehaltenen Verammlung, an der neben den Fachverbänden eine Anzahl Vertreter der Regierung teilnahmen, wurde über eine dringend notwendige Organisation der Schuhwarenerzeugung gesprochen. Der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums teilte mit, daß sich der Regierung ein Konföderium zur Verfügung gestellt habe, das unter strengster Kontrolle der Regierung sowie als Kommisionär des Reiches für zweckmäßige Verabteilung der vorhandenen Lederbestände sorgen will. Bei der Ausarbeitung der Auflagen sollen in erster Reihe die lillgelegten Fabriken und das Schuhmacherhandwerk berücksichtigt werden. Bei der Verteilung der Schuhwaren an die minderbemittelte Bevölkerung sollen die Preise der Zell vor dem 1. Mai zugrunde gelegt werden, so daß der Preis für den anständigen Straßenschuh sich auf 35 bis 40 Mark stellt. Von der Regierung werde alles getan werden, um in ganz kurzer Zeit einen Normalshuh zu verhältnismäßig billigem Preis an die minderbemittelte Bevölkerung abzugeben. Es werden Maßnahmen getroffen werden, um jegliche Schließung auszuschließen. „Die Botschaft hört ich wohl, allein mir fehlt der Glaube“, so möchte man mit dem zweifelnden Goethehelden „Faust“ oder in Aussicht gestellten billigeren Schuhwaren und des Aufhörens jeglicher Schließungen ausruhen.

Zur Steuerung der Kohlen- und der Wirtschaftskrisis. Ein Leipziger Ingenieur hat eine Kräfteanlage erfunden und zum Patent angemeldet, die ohne Stöße, überaus ohne jedes Feigmaterial, mittels eines bestimmten Quantums rotierender Betriebsmittels probiere mechanisch und elektrische Kräfte kostenlos in großer Menge erzeugt. Dadurch sollen angeblich Eisenbahn-, Straßenbahn-, Inbetrieb und Schiffe zu ihrem Betriebe keine Kohlen mehr benötigen. Solern sich die Erfindung in der Praxis bewähren sollte, wird sie zweifellos revolutionärer wirken, zumal sie den weiteren Vorteil haben soll, daß bestehende Motoren oder Maschinen durch Anschluß an die neue Kräfteanlage bedeutend vergrößert werden.

Aufhebung der Warenhaussteuer für die Konsumgenossenschaften. Die Nationalversammlung hat auch eine Novelle zum Warenhaussteuergesetz angenommen, nach der Unternehmungen, die vorwiegend notwendige Lebensmittel vertreiben, künftig mit ihrem Umlage von der Warenhaussteuer freizustellen sind. Diese Maßnahme ist von größter Bedeutung für die Konsumvereine. Für sie war es bisher unmöglich, andre Waren als Lebensmittel und einige wenige wirtschaftliche Bedarfsartikel zu führen, weil ihnen bei der Aufnahme anderer Waren eine Umlagesteuer von zwei Prozent auf den gesamten Umlage auferlegt wurde. Bekanntlich teilte das Warenhaussteuergesetz alle Waren in vier Gruppen ein und befreite Unternehmungen, die Waren aus mehreren dieser Gruppen vertreiben und einen Umlage von über 400 000 Mark erzielten, mit der Umlagesteuer. Dadurch waren besonders die Konsumgenossenschaften in ihrer Entwicklung gehemmt. In Zukunft können nun die Konsumgenossenschaften alle Waren führen.

Briefkasten

M. G. in S.: Hoffen auf Unterbringung bis 1. Oktober; Umrandung wieder groß. - G. L. in B.: Sie wissen, daß sich Polemiken gegen den Göttinger und seit langem gar keiner Beliebtheit bei uns

erheuen. Damit soll aber nicht unter allen Umständen öffentlichen Ausgaben auszusprechen sein. Nur könnte vorliegendes die Abwehr kürzer auch ihren Zweck erfüllen; werden also mehr zuzumachen. - G. A. in C., G. B. in S., G. F. in U.: Geht es um die Aufnahme, die die Produktion ist aber so groß, daß Veröffentlichung nicht so schnell wie gewünscht erfolgen kann. - G. W. in B.: 1. Wie so manches, das von der Redaktion unbedingt Beachtung erfordert muß wegen der Tarifartikeln hat zur Durchführung erlauben müssen, so haben sich auch die Wünsche über das Sozialversicherungsproblem angemeldet. Es kommt aber alles mit der Zeit heraus. Änderungen müssen wegen der Papierverbrauchsverhältnisse und der hohen Herstellungskosten nach Möglichkeit vermieden werden, aber einige sind sehr auch nicht zu umgehen, da wir über die Mittel dann mit entscheiden. 2. Es ist nicht zu bestreiten, daß in dem angelegenen Artikel Papiervergebung getrieben wurde, - A. C. in S.: Müßig ist leider nicht möglich, da eine andere Grenzüberkreuzungsstelle gemindert werden müßte, die an einer entlegeneren Tour gelegen ist. Das sind und sehr viel überaus in schnellstem Tempo vor sich, weil eben die beimaligen Beschläge zwingen, die Abwechslung auszuführen zu bekräftigen. - S. M. in S.: Letztername erhalten, bleibt also weg. - A. C. in Göttingen leider nicht mehr „auskunft“. Im übrigen ganz Ihrer eingehenden Meinung. Die notwendige Willenskraft nur durch die Entzung der Vertriebsstelle eine Verklärung erfahren wurde! Jedl. Gruß - A. M. in U. Siedler! In einer der nächsten Nummern; es müßten Tarifartikel, den Vorrang haben. - G. S. in T.: 3, 10 Mk. - W. J. in S.: 4, 10 Mk.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau. Berlin SW 29, Adamshofplatz 3 A. Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Abwesenheitsänderungen
Reibberg. (Machinenmeisterklub.) Vorsitzender: Karl Hartmann Große Mantelgasse 18. Kassierer: Wilhelm Baumann, Bergheimer Straße 101 A, Bitterhaus.
Osnabrück. (Machinenmeisterverein.) Vorsitzender: Robert Müller, Wöhlstraße 46 I; Kassierer: Heinrich Schaumann, Ostertentstraße 21.

Zur Aufnahme gemeldet
(Einmündigen innerhalb 14 Tagen an die betriebsige Adresse):
Im Gau Nordhess. 1. der Seher Johann Staezeland geb. in Nordern 1896, aus-gel. in Nordern 1914; war schon Mitglied; 2. der Schwelmerdegen Willi Grombrecht, geb. in Neumünster, in Soltau 1898, aus-gel. in Nordl. Hann. 1919; 3. der Seher Wilhelm Habeler, geb. in Bafsum 1897, aus-gel. bei 1915; waren noch nicht Mitglieder. - J. Ofhsa in Bremen, Bardenbergstraße 52.

Verammlungskalender
Wipfels. Verammlung heute Sonnabend, den 13. September, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftsgebäude.
Auburg. Bezirksverammlung Sonntag, den 28. September, vormittags 8 1/2 Uhr, im Wählbezirk Saale in Auburg, Kanonenweg. Abreise bis 22. September an den Vorplatz. **Wreißbach.** Bezirksverammlung Sonntag, den 21. September, vormittags 11 Uhr, im Restaurant „Sankt-Halle“, Osnabrücker Str.
Wittenberg. Verammlung heute Sonnabend, den 13. September, abends 7 1/2 Uhr, im „Bürgergarten“, Grünstraße.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:
Artikel: Jegliche Notwendigkeiten und spätere Grundrisse, I. - Eine „Lebensgesellschaft“ auf Gegenseitigkeit. - Schachmacherei des Deutschen Buchdruckervereins. - Der Weg zum Ziel. - Einer, der nicht zu Worte kam. - Mehr Würde! - Neue Strömungen für Arbeiterarbeit. - Schlichte die Pflichten!
Korrespondenzen: Berlin. - Berlin (M. S.). - Hagen. - Hannover. - Leipzig. - Leipzig (Schirmer). - Pöthen.
Ankündigungen: Nachahmungsverleugung. - Bewusstes Verführung der Öffentlichkeit. - Übergang der britischen Verlagsverhältnisse. - Entlassungen im befehligen Gebiet. - Ein Buchdrucker als Museumsdirektor. - Eine katholische Verlagsgesellschaft. - Beendigung des Streiks im Leipziger Buchhandel. - Billigere Schuhe für Minderbemittelte? - Zur Steuerung der Kohlen- und der Wirtschaftskrisis. - Aufhebung der Warenhaussteuer für die Konsumgenossenschaften.



Das Geheimnis der Harmonie im Druckwerk ist ergründet

Verlangen Sie Prospekt 3:5:8 vom Verlag Julius Neßler, Leipzig 15

Jeder Raucher wird befreit ob alt oder jung, der unter dem Namen „Blitz“ benutzte, 1479 Padung zur Wöchigen nur 4 Mk. Nachnahme 45 Pf. über 1000 Ganzschriften. - Jeder spart Geld. Deutsch & Co., Neudamm, Postfach Nr. 799.

Mehrere tüchtige, an erhaltene Arbeit gewöhnte 1455

Schriftgießer für Souche-Maschine, Type II und III, zu baldigem Eintritt in dauernde Kondition gesucht. Bauersche Gießerei, Frankfurt a. M.-West.

Gießer für Wälzer-Schnellgussmaschine sofort gesucht. 1483 Spamerische Buchdruckerei, Leipzig, Breithofstraße 7.

Sofortige Stellung such!!!
junger 21jähriger Buchdrucker, selbstig ist bewandert in Werk-, Holzdruck- und Kupferdruck, vertraut mit Schnei- und Ziegeldruckpresse. Offerten unter St. 478 an die Geschäftsstelle die. es. Blattes

Tüchtiger Handfeger
zum sofortigen Eintritt in u. s. 1477 B. W. Scherl, Buchdruckerei, Heidenburg (Ostpr.).

Zeitung- und Anzeigenfeger
sofort gesucht. 1485 S. Rademann, Ledigshausen 1. W.

Für unsre Metallplattenabteilung tüchtige **Schneider und Besloher** gesucht. 1469 Schriftgießerei D. Stempel, K. O., Frankfurt a. M.

Für meine galvanoplastische Abteilung suche ich sofort einen durchaus lauberen, selbständigen **Richter**

Offerten mit Gehaltsanfragen und Zeugnisabschriften unter „Richter 482“ an die Geschäftsstelle dieses Blattes

Schriftfeger
für Zeitung und Holzdruck, 24 Jahre alt, in u. s. Stellung ab 1. Oktober oder später. Am liebsten Westdeutschland. Offerten mit Gehaltsangabe erbitte! 1481 A. Trojahn, Jutta (Pofen), Altrchenstr. 6.

Verkaufe preiswert:
Solmann: Praktisches Handbuch der Papierfabrikation, 2 Bände, fast neu. Die Reproduktionstechnik und ihre Bedeutung für die Industrie, neue, Veieneuband. Gest. äußerliche Angebote unter Nr. 487 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Zahnen, Pinzetten, Zirkelstangen usw.
Zahnliteratur, Geometrie, Katalog usw. P. Goldschmidt, S. Allee d. E., Rollenstr. 3.

Perforierkämme
o. Perforiermaschinen werden schnellstens repariert oder erneuert von Müller, Bezner & Moll, Düsseldorf. 1397

Kaufmännische Organisation
der Buchdruckereien (Buchführung, Preisberechnung). Geeignete Fachlehrbücher im Graph. Verlag S. Stegl, München 9, Columbusstraße 1. - Katalog 25 Pf.

Ein- und mehrfarbige **Akzidenzen**

Arbeiten aus der Praxis als Musterbeispiele für Seher und Drucker in dem Mappen-Umlageung

Neul. Mappe 7: Verschiedene Akzidenzen (2. Folge)

W. Piepenknecht, Buchdr. Braunschweig, Reichstr. 31
Prospekt frei!

Seherblufen Kesselanzüge Maschinenmeisteranzüge Schuhmäntel 60 empfehle! Arno Chold, Gera (R.). 3ab th für Berufsbildung.

Preisliste Nr. 6
wird nur auf Verlangen zugeandt. Verband der Deutschen Topographischen Gesellschaften, Leipzig, Salomonstr. 8. Postfachkonto 53430.

Jeder Buchdrucker und Schriftgießer lernt **Nationalstenographie** Bestell im Drie kein Verem, so lehrst du richtig! M. Stein, Witschau l. G., Friedländerstr. 9. Preis 5 Mk. Dauer acht Stunden.

Am 3. September verstarb nach langem Leiden unser Kollege, der Seher **Hans Weiß**

im besten Mannesalter von 36 1/2 Jahren. Wir wollen ihm ein dauerndes Andenken bewahren. Ortsverein Tiegensburg.

Als zwölftes Kriegsspiel (ohne die Vermittlung) haben wir den Verlust des braven Kollegen **Karl Beck**

aus Meiningen zu beklagen, der im Alter von 33 Jahren in der Schlacht zu Jena an seinen Kriegsspielen farb. In der Blüte seiner Jahre dahingeraht, war er ein edles Verbandsmitglied, was ihn bei uns unersetzlich macht. 1486 Ortsverein Altdorfgau, Bezirksverein Auburg.

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit Anderem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 106 — Leipzig, den 13. September 1919

Verkaufsschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Der Weg zum Ziel

Immer klarer machen sich die Folgen des Krieges bemerkbar. Die Hoffnungen derer, die geglaubt haben, mit der Beendigung des Kriegszustandes würde es im wirtschaftlichen Leben aufwärts gehen und erträglichere Verhältnisse auf dem Lebens- und Bedarfsmittelmärkte geschaffen werden, schwinden mehr und mehr. Das gerade Gegenteil ist der Fall. Sind es in der Hauptfrage der Mangel an Rohmaterialien und der Arbeitslosigkeit auf der einen Seite, die das wirtschaftliche Leben hemmen, so ist es im weitestgehenden Teilstand unser Valuta (der freilich auch wieder zum Teil durch die Sünden unserer eigenen Volksgenossen verurteilt ist, wie in dem trefflichen Artikel: „Die entwertete Mark“ in Nr. 101 der „Abendlichen Zeitung“ zu Köln zu lesen war) auf der anderen Seite, der uns im traurigen Vereine mit dem Schieber- und Wucherlume nicht gelunden läßt. So kann es begreiflich sein, daß Resignation sich eines Teiles der Arbeiterschaft bemächtigt und sie gleichgültig gegenüber allem Geschehen werden läßt, wogegen ein großer Teil der erwerbsfähigen Bevölkerung untrübbarer rationalen Phrasen zum Opfer fällt. Der Streit in der politischen Arbeiterbewegung droht auch der Gewerkschaftsbewegung verhängnisvoll zu werden. Kennzeichnend ist, daß in der Hauptfrage die Gewerkschaften unter der radikalen Phrase am meisten zu leiden haben, die große, bisher indifferenten Massen in sich aufgenommen haben. Auch hier bewahrt sich noch wieder, daß nicht durch schwungvolles Anschwellen der Zahl die Stohkraft der Organisation erhöht wird, sondern nur in langsamer, stetiger Entwicklung.

Durch die Revolution sind große Arbeitermassen ausgerollt worden, die, selber zu spät, den Wert der Organisation erkannt haben. So fehlt es an Zeit und Gelegenheit, diese Massen gewerkschaftlich zu schulen. Sie verfallen, da die wirtschaftliche Umstellung sich nicht von heute auf morgen bewerkstelligen läßt, in den Fehler, daß sie glauben, gewaltam unser ganzes wirtschaftliches Leben ummodellieren zu können. Sie verkennen auch ganz und gar, daß der eigenen Freiheit Grenzen gesetzt sind, auf daß nicht der Freiheit des Ganzen unübersehbarer Schaden zugefügt wird. Die Harmonie der Freiheit aller bedingt eben die freiwillige Beschränkung der Freiheit des einzelnen zum Wohle der Allgemeinheit. Die freiwillige Beschränkung der Freiheit des einzelnen zum Wohle der Allgemeinheit gibt erst der letzteren die Stärke, deren sie bedarf, um die Menschheit aufwärts zu führen. Jeder einzelne soll und muß dazu beitragen, daß nicht wieder die Zustände eintreten und die Kräfte bekümmend wirken, die vor und während des Krieges zum Schaden der ganzen Menschheit maßgebend waren. Die Wiederkehr dieser Zustände zu verhüten, sei unsere vornehmste Aufgabe. Die junge deutsche Freiheit zu stiften und weiter zu entwickeln, muß das Ziel des ganzen deutschen Volkes sein. Wir müssen nur ernstlich wollen, dann ist das Können von selbst gegeben.

Freilich dürfen die realen Machtverhältnisse nicht außer Betracht gelassen werden. Aber jedem einzelnen soll in Fleisch und Blut übergeben: Du sollst und mußt dazu beitragen, daß Ordnung und Entwicklung sich harmonisch ergänzen, daß jeder einzelne, dem Gebote der Demokratie folgend, sich dem Ganzen ein- und unterordnet. Neben den kategorischen Imperativen: „Du sollst und mußt“, soll aber das lebensfreudige, bescheidende, „Ich will“ treten. Wir wollen Sorge tragen, daß unsere Arbeitsgenossen zu ersten stützlichen Kämpfern erzogen werden, die mit Tatkraft die Trägheit und Genußsucht bekämpfen, damit die kommende Zeit in Wahrheit die Zeit der Vollendung sei. Der Glaube an die kommende, bessere Zeit, in der allen Menschen Frieden und Glück zuteil werden, muß Gemeingut aller werden. Nicht unfruchtbar gegenseitige Bekämpfung und persönliches Herunterziehen derer, die anderer Meinung sind, führt uns zum Ziele. Neben wir jeden, der eine der unsern abweichende Überzeugung hat. Seien wir dessen eingedenk, daß verschiedene Wege nach Rom führen und daß keiner behaupten kann, seine Auffassung sei die allein richtige. Gegenseitige Forderung und Achtung und gegenseitiges Sichvertrauen sind die Grundbedingungen weiterer erproblichen Vorwärtsschreitens auf dem Wege zur Schaffung eines besseren Daseins. Dieses Ziel kann aber nur erreicht werden von ersten, stillen, ihren hohen Berufs sich bewußten Kämpfern. Seien wir des Wortes unseres Dichters inne: „Nur der verdient sich Freiheit, wie das Leben, Der täglich sie erobern muß!“

Stln.

P. MoIs.

Einer, der nicht zu Worte kam

„Die Gauversammlung des Vereins Leipziger Buchdrucker- und Schriftgießergesellen ist geschlossen!“ Diese Verkündigung des Vorsitzenden löste endlich die Ermittlung, die sichtlich auf der durch rund fünf Stunden leidenschaftlich verhandelnden Versammlung lastete und ging unter in dem ohrenbetäubenden Lärm, den das hallige Aufbrechen der Teilnehmer verursachte. Allmählich verhallte auch der demonstrative, immer erneut eintreffende Beifall,

den die schlechteste Annahme einer von radikaler Seite eingebrachten Resolution zu dem Ergebnisse der stattgehabten Tarifverhandlungen zur Folge hatte.

Ich war den Verhandlungen aufmerksam gefolgt und hatte auch den Einwürfen meiner näheren Umgebung Gehör geschenkt. So konnte ich mir auf dem Nachhausewege ein naturgetreues Bild über diese Versammlung machen und kam nach reiflicher Erwägung zu dem Schluß, daß ich den Versammelten eigentlich auch etwas hätte sagen können — allein, für diesmal war es zu spät. Doch weiß das, was ich gesagt haben würde, auch über die Grenzen des Leipziger Gaues hinaus Geltung haben dürfte. Wenn ich auch die Zustimmung habe, daß die Art und Weise, wie dies geschieht, geeignet ist, das hohe Niveau der Buchdruckerversammlungen von ebendem herabzudrücken.

Werte Kollegen! Eine neuerdings erfolgte reichsweite Tarifbewegung liegt hinter uns. Wie Sie aus der eingebrachten Resolution ersehen, bezieht sich ihr Ergebnis die stürmischen Elemente in unsern Reihen nicht. Sie liegen die Gelegenheiten nicht vorübergehen, dies in mehr oder minder objektiver Weise zum Ausdruck zu bringen und den Ursachen nachzugehen. Das ist Ihr gutes Recht. Wenn ich auch die Zustimmung habe, daß die Art und Weise, wie dies geschieht, geeignet ist, das hohe Niveau der Buchdruckerversammlungen von ebendem herabzudrücken.

Opposition um jeden Preis — das ist das Lösungswort, das einen großen Teil der Kollegenschaft beherzigt. Und wenn in Befolgung dieses Lösungswortes die sachlichen Argumente ausgehen, ist man eben notwendigerweise gezwungen, zu kleinlich-persönlichen zu greifen. Es wäre ein Verbrechen am Verbände, diesen Elementen kamplos das Feld zu überlassen. Darum ist es heiligste Pflicht aller besonnenen Kollegen, ihre geradezu beängstigende Teilnahmslosigkeit in gewerkschaftlicher Hinsicht aufzugeben, wollen wir unsern trotz aller Anfeindungen noch Geltung habenden Ruf als Ploniere der Arbeiter nicht gefährden. Der Streit und der Zusammenbruch sowie die damit verbundenen Sorgen und seelischen Erschütterungen können fernerhin nicht mehr als Entschuldigung angeführt werden!

Werte Kollegen! Lassen Sie mich nunmehr auf die Ausführungen der einzelnen Diskussionsredner näher eingehen. Es ist unter meiner Würde — und auch immer der Standpunkt früherer Buchdruckerversammlungen gewesen —, jenen Rednern zu antworten, die sich von kleinlichem Mißverstandesgeißt leiten lassen oder die mit kurz als Querulanten zu bezeichnen berechtigt ist. Andererseits Linden Kollegen, die, von hohem Idealismus befeuert, ihre Abzergung ausprechen, ganz gleich in welcher Richtung sich diese Abzergung bewegt, die gebührende Beachtung. Wenn es auch nötig sein wird, diesen Idealismus auf den Boden der gegebenen Tatsachen zurückzuführen.

So erblickt ein Redner anscheinend seine Lebensaufgabe darin, die Tarifgemeinschaft zu bekämpfen. Ihr wurde heute zum furchtbarsten Male das Todesurteil gesprochen. Merkwürdigerweise reagiert dieser mal folgefolge „Wechselbald“ auf diese Prognose immer mit untrüglichen Zeichen von unerklärlicher Lebensfähigkeit. Hoffen wir, daß das so bleibt. Denn es ist unzulänglich, daß wir der Tarifverträge auch in Zukunft nicht werden entzogen können. Von den Buchdruckern ausgehend, haben sie sich über nahezu alle Gewerbe ausgebreitet. Sie allein garantieren einen wohl langsamen, aber um so stetigeren Aufstieg der Arbeiterschaft. Taffächlich vermochte der Redner auch nichts Besseres an ihre Stelle zu setzen, und mit seiner Abzergung allein ist uns nicht geholfen.

Ein anderer Kollege leistete durch seine volkswirtschaftlichen Ausführungen. Zweifellos hatten seine Ausführungen auf die internationalen Gestaltung des Arbeitsmarktes etwas für sich. Er mah die Schuld an der Unzulänglichkeit der erreichten Steuerungsregeln letzten Endes dennoch ebenfalls der Tarifpolitik und der Gewerkschaftsbewegung bei, obwohl er auf Grund seiner volkswirtschaftlichen Kenntnisse leicht zu dem Schluß hätte kommen können. Mit einem Worte: die ganze Richtung paßt ihm nicht. Das es paradox klang, einen sich in „gehobener Stellung“ befindlichen Kollegen (Parzellangefesteter) über die aus dem praktischen Arbeitsverhältnis herausgetretenen Gewerkschaftsführer wettern zu hören, braucht wohl nicht besonders betont zu werden.

Der nächste Redner erblickte sein Selbst einzeln und allein in der Weltrevolution. Niemand wird ihm diesen Glauben nehmen; ich am allerwenigsten. Sie wird kommen, wenn die Bedingungen dafür reif sind; das steht fest. Aber angelehnt der Versäuerungsabstehen der Westmächte, angesichts der Erschütterungen, die die bolschewistischen und partakistischen Experimente bei uns in Deutschland, in Rußland und in Ungarn auf dem Wirtschaftsmarkt auf Kosten des Proletariats hervorgerufen haben, sind die Ausschichten hierfür nicht verlockend und hoffnungslos! Sichtlich einer Verbesserung in den Arbeitsbedingungen auf die Weltrevolution zu warten, scheint mir überdies für die lebende Generation daselbst zu sein, als wenn uns die Vertreter des wahren Christentums aufs Jenenseits vertrieben. Nein, wir wollen im Rahmen unsres Berufs gegenwartsarbeit leisten, und das können wir nur auf der Grundlage organisierter Tarif- und Gewerkschaftspolitik.

Werte Kollegen! So ist mehr denn je die eindringlichste Mahnung zur Einigkeit und Besonnenheit am Platze. Es will scheinen, als wäre es in erster Linie Aufgabe der Gewerkschaften, diese Erkenntnis weiten Kreisen ihrer Mitglieder zu vermitteln. Aus dem unbellvollen Bruderkriege schließt das Kapital den Mut zu Versuchen, dem arbeitenden Volke die Errungenschaften der Revolution zu schmälern oder wieder zu entreißen. Nur unerschütterliche Einigkeit untereinander und stille Besonnenheit im Handeln können diesen Versuchen einen festen Damm entgegensetzen. Von diesen Gesichtspunkten leben sich unsere Führer leiten, als sie einen billigen Frieden einem ungewissen Kampfe vorziehen. Das ihnen als Vertrat an den Interessen ihrer Kollegen zu vermerken, wäre mehr als kurzschlüssig, wäre trivial, Erstes Erfordernis ist, daß wir Vertrauen haben zu unsern Führern, und daß wir uns immer von sachlichen, nie von kleinlich-persönlichen Beweggründen leiten lassen, wenn wir Urteile zu haben meinen, ihre Worte und Taten zu beurteilen. Wenn nicht immer sind sie allein für den Erfolg oder Mißerfolg einer Sache verantwortlich zu machen; die Verhältnisse sind eben oft stärker als die Menschen.

Ihr Wirken, von diesem Gesichtspunkt aus beurteilt, dürfte zweifellos dazu beitragen, die Arbeitsfreudigkeit dieser Männer zu heben, was jedoch keineswegs den Verzicht auf jegliche Kritik bedeutet. Im Gegenteil. Sachliche und maßvolle Kritik wird Ihnen jederzeit eine Quelle neuer Anregungen sein. Vertrauen zur Sache, die sich im Laufe einer jahrzehntelangen Entwicklung bewährt hat, Vertrauen zu den Personen, die schon zu einer Zeit mußte für das Wohl ihrer Kollegen eingetreten sind, als dies noch weit schwieriger war als heute, und mehr erforderte, als eine mögliche weit nach hinten orientierte Abzergung, hat noch immer eine Brücke geschlagen zu gegenseitigem Verständnis. Andererseits haben gewissenlose Verdächtigungen schon so manchem von reinstem Idealismus befeuertem herbe Enttäuschungen bereitet und seine Kraft, im Dienste der Kollegenschaft zu wirken, schließlich lahmgelegt. Seien wir uns darum dessen bewußt: der an hervorragendem Posten stehende Führer muß es oft an einem gewissen Verantwortungsgefühl heraus ablesen, einer oft Unbilligen verlangenden, von drifter Seite irreführenden, nicht selten gebankelnden Masse in allem und jeden zu Gefallen zu sein — trotz aller Demokratie, die notwendig und gewiß auch eines weiteren Ausbaues fähig ist! Ihm durch Ausbreitung unverdächtigter Verdächtigungen aber das Vertrauen abzuzugeln, ist eines freien Mannes unwürdig. Seien wir uns auch des Ernstes der Stunde bewußt, die gebietet sich von uns fordert, einig zu sein und alles Trennende beiseite zu lassen. Gegenseitiges Vertrauen im Verein mit reiflicher Milderfüllung werden zweifellos der Erklärung des Zusammengebirgheitsgefühls innerhalb des Verbandes der Deutschen Buchdrucker neue Möglichkeiten bieten.

Leipzig.

Artur Schmiedel

Mehr Würde!

Es geht noch immer toll zu in Deutshland. Das bewies mir eine Versammlung der tariflosen Buchdrucker in einer größeren Stadt, der ich als Gast bewohnte. Nachdem der Gehilfenvertreter sein Reserat beendet, nahm ein früheres Verbandsmitglied das Wort, um den Gehilfenvertreter und ganz besonders die „Korr.“-Redaktion in Grund und Boden zu verdammen. Daß er mir bis dahin unbekannt Herr sein eigenes Ich so sehr in den Vordergrund und sich als ganz besonders großes Licht hinstellte, ließ mich Erundigungen einlegen. Er bekannte sich als großer Tarifgegner; seine Tarifgegnerschaft geißt sogar so weit, daß er seiner Tarifbeltrag bezahle, wozu er als Nichtmitglied des Verbandes verpflichtet ist. Trotzdem nahm der Herr das Recht für sich in Anspruch, auf den in Berlin getroffenen Vereinbarungen mit den Gehilfen herumzutrampeeln. Hat dieser Mann überhaupt ein Recht, die Berücksichtigung des Gehilfenvertreter zu hören, wenn er nicht beiträgt zu den Kosten für Ein- und Durchführung des Tarifs (A B des Tarifs)? Die Beantwortung dieser Frage will ich der betreffenden Mitgliedschaft überlassen.

Die Ausführungen dieses Buchholzen waren es aber nicht allein, die in dieser Versammlung mich empörten, sondern das Hinwegsehen sämtlicher übrigen Diskussionsredner über diese Ausführungen. Dieses Verhalten muß ich als einfach widerläufig bezeichnen! Warum erhebt sich eine Versammlung nicht wie ein Mann, wenn das in jahrzehntelanger Arbeit Geschaffene in solcher Weise auf Boden getreten wird?

Verbandskollegen! Es gilt, dieses Abel an seiner Wurzel zu erkennen und zu erfassen. Nach vor einigen Monaten glaubten einzelne Stammunfellen offen behennen zu dürfen, daß ihre Hauptaufgabe die Zertrümmerung der Gewerkschaften sei. Dieses Ziel finden sie nun nicht zu erreichen durch Anstreich, sondern durch Inerwärtigen von Verband- und Tarif bei uns. Auf letzteren haben sie es hauptsächlich abgesehen, weil sie wissen, daß bei einem heftig entbrennenden Kampf um denselben die Zweiteiligkeit im Verband erreicht ist. Bleiben wir deshalb fest im

Kampfe gegen die Zerstümmungspolitik von links, in unserm eigenen Interesse! Wir wollen uns doch nicht selbst schwächen durch unersetzliches Nachgeben nach links, sondern müssen unsere Position immer mehr festigen und stärken durch inniges Zusammenarbeiten am weiteren Ausbau unseres Tarif- und Verbandsgebüdes!

Das Recht der Kritik wollen wir ganz selbstverständlich niemand nehmen. Es muß aber alles seine Grenzen haben. Es dürfen Kollegen, die Anspruch auf die Bezeichnung Verbandsmitglied erheben, es nicht dulden, daß die von ihnen gewählten und auf ihre Posten berufenen Kollegen mit Gemeinheiten traktiert werden, wie es in der betreffenden Veramtlung von einem ausgeschlossenen geschah. Wenn wir ehrlich sind, müssen wir doch zugeben, daß wir in der Seele unseres Herzens nicht mit dem Herunterreißen unser Führer einverstanden sind. Über weit die Beispiele zeigen, daß die am meisten Schimpfenden die Bösen des Tages sind, wagt niemand zu widersprechen. Durch dieses unmännliche Stillschalten fördern wir aber ein großes Übel, machen auch dem vom Partei-fanatismus Besessenen noch mehr Mut, die gebührend vernünftigen und anständig handelnden Kollegen ärger zu mißbrauchen. Überlegen wir stets das Vorgebrachte in aller Ruhe, und lassen wir uns durch Radikalisierung nicht mit Phrasen und allerhand Plattheiten aufpuhlen zu Willenshuldigungen, die wir später bereuen müssen.

Düsseldorf.

Anmerkung der Redaktion: Man löst doch das Kind beim richtigen Namen nennen! Es handelt sich um eine Veramtlung in Eiberfeld, in der Heinrich Dremes, der im Jahre 1908 aus dem Verband ausgeschlossene „Stabskompetent“ unruhiglichen Angedenkens, das große Wort führen und die Eiberfeld-Barmer-Kollegen durch unheimlichen Phrasendreck in sein Schlepptau nehmen konnte. Dremes schätzte ihre Urteilsfähigkeit so gering ein, daß er sogar die Behauptung wagte, der „Korr.“ habe gegen den Antrag der Prinzipale auf Abbau der Feuerzulagen kein Wort der Kritik gefunden. Der Geschäftsleiter Albrecht rechnete darauf, mit diesem Anarchoschlachthaus scharf ab und hielt Dremes eine gehörige Vorlesung aus dem „Korr.“ darüber. Es ist allerdings ein gewerkchaftlicher Skandal, daß der „Stabskompetent“ einen so großen Kollegenkreis teilhabe! konnte. In Nr. 90 v. J. ist Dremes fotografiert worden. Wie verrannt der alte Phrasenheld Dremes ist, zeigt auch der Umstand, daß das, was nach seiner demagogischen Behauptung der „Korr.“ angeblich unterlassen hat, von uns in Wirklichkeit so gut besorgt worden ist, daß einer von den radikalsten Kollegen in Berlin darüber bemerkte (erster Artikel in Nr. 95 vom 21. August): „Nun, der „Korr.“ hat schon treffende Worte über dieses Thema geschrieben“. Auch das haben die Eiberfeld-Barmer Kollegen nicht mehr gewußt!

Neue Strömungen für Akkordarbeit

Vom Berliner „Vorwärts“ ist kürzlich der „soziale Akkordlohn“ als Titel gebracht worden. Die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands, und die bei einem Teile der Arbeiterklasse zu beobachtende Arbeitslosigkeit haben nach dem in den Väterrepubliken Rußland und Ungarn, wo doch der Kapitalismus schon in größerem Maße zur Kapitalflucht gezwungen war, vergifteten Hilfsmittel eines Anreizs zu höherer Arbeitsleistung und entsprechend besserer Bezahlung auch in Deutschland Ausschau halten lassen. Es werden mancherlei Garantien geboten gegen die kapitalistische Ausbeutung des Arbeiters unter dem alten Akkordsystem, das um so stärker bekämpft worden ist, je mehr der Unternehmer der profitierenderen Teil davon war. In dem Artikel wird offen ausgesprochen, was wir schon oft in internem Kollegenkreise diskutiert haben. Hinter dem Kalten natürlich. In der Öffentlichkeit hätte man uns gleich mit dem bekannten Worte „Akkord ist Mord“ abgetan.

„Ist denn aber Akkord Mord? Wir kamen uns gar nicht wie Selbstmörder vor, wenn wir früher, das Weisheit im Munde, den Bierlohn neben uns, den Faktor nur als Manufakturvertreter oder als Minister ohne Portefeuille betrachteten. Die Zeit war unser, sie verging, verging schnell. „Auch so ein Anhänger der alten Buchdruckerunselberrlichkeit“, wird man sagen. Hierzulande wirft man nicht zur Gegenseite. Ich hoffe, nicht zu Unrecht.

Andere Verhältnisse bedingen andre Maßnahmen. Der sogenannte Mord von ehemals kann wirtschaftlich zur Wiedergeburt einer neuen Zeit von heute werden. Ich will nicht ausführlich auf das Problem der Schaefferischen neuen Berufsverfassung eingehen. Sind diese idealen Gedankengänge aber praktisch durchführbar, wenn auch nur in ihren Grundzügen, so erübrigt sich natürlich jeder Streit über Lohn- oder Akkordarbeit. Immerhin läßt sich dieses sozialwirtschaftliche Produktionssystem nicht von heute auf morgen durchführen. Zeit heißt es aber schnell handeln.

Wir schwebt ein Pauschalakkordsystem vor, und zwar betriebsweise. Der Betriebsrat, in kleinen Betrieben der Vertrauensmann, fest schon demokratisch mit der Geschäftsleitung die Akkordhöhe fest. (Das könnte eine „Musterfabrik“ von Angleichheit werden, wenn druckereiwiese Berechnungssätze aufgestellt werden könnten.) Mindestlohn muß garantiert werden. Entlassungen müßte durch Verhinderung der Arbeitszeit vorgebeugt werden. Da jeder einzelne an dem guten Gelingen des Ganzen interessiert ist, wird sich die Sorge für Ordnung und Sauberkeit auch hier jeder einzelne angelegen sein lassen. Schwierigkeiten wird jedenfalls das Einfügen der Drucker in ein Pauschalakkordsystem machen. Doch müßten auch hier Mittel und Wege gefunden werden. Schwierigkeiten

wird es jedenfalls auch sonst noch mehr geben. Nicht etwa, daß mir vor meinem eignen Mute bange würde. Aber wir haben ja unsere Betriebsräte.

In unserm Gewerbe kann von einer Arbeitslosigkeit, von der der „Vorwärts“ im Allgemeinen spricht, trotz der Klagen der Prinzipale über Rückgang der Leistungen, nicht die Rede sein. Durch Ausfüllen von Arbeitszetteln und Druckfahnen wird auch jetzt noch zum Zwecke der Skalierung kontrolliert. Aber wir könnten ja den Prinzipalen durch Einführung des Akkordsystems insofern entgegenkommen, als eine Steigerung der Arbeitsleistung ungewissheit eintreten würde und man damit eine Arbeitszeitverkürzung verbinden könnte. So wäre doch beiden Seiten geholfen. Man betrachte diese Ausführungen als Anregung.

Hamburg.

S. Förster.

Schließt die Phalanx!

Immer mehr schließen sich die Arbeiter und Angestellten einzelner Gewerbe zu großen Verbänden resp. Arbeitsgemeinschaften zusammen, um dem geistlichen Unternehmertum eine geschlossene Kampffront gegenüberzustellen. Auch im graphischen Gewerbe erkönt der Ruf nach einem Zusammenschluß aller im Gewerbe Tätigen immer lauter und eindringlicher. Was es für uns Buchdrucker an der Zeit ist, auf einen Zusammenbruch im ganzen Gewerbe hinzuwirken, bemerken unsere letzten Tarifverhandlungen in Berlin. Mutet es einen nicht wie Söhn an, wenn in bemeldeten Augenblicke, da den Beamten vom Reich enorme Feuerzulagen bewilligt werden, unsere Unternehmer einen Abbau der Löhne verlangen? Was dieses Verlangen nicht etwa ein Bluff war, beweist ja die sogenannte Schutzabteilung des Deutschen Buchdruckervereins, deren Satzung auch mir in die Hände fiel.

Kollegen! Viele Richtlinien müssen uns zu denken geben, besonders, wenn man die Vorkommnisse der letzten Zeit betrachtet.

Die Hilfsarbeiter, deren Organisation in der letzten Zeit erfreulicherweise große Fortschritte gemacht hat, treten in verschiedenen Orten in eine Lohnbewegung ein. Und nun trat die Erhebungssache, daß die Unternehmer unsern Kollegen — speziell den Druckern — kündigten oder sie auch ohne weiteres entließen, weil sie sich als sozialistisch denkende Arbeiter weigerten, Streikarbeit zu verrichten. Darum erkönt in Kollegenkreisen immer lauter der Ruf nach einem Zusammenschlüsse der graphischen Gewerkschaften.

Ich weiß, daß gewaltige Schwierigkeiten zu überwinden sind, aber diese sind doch nicht unüberwindlich. Auch unter Verbandsvorsitz wird der Sache näbertreten müssen. Ganz sicher aber wird sich unser — hoffentlich bald — zusammentretendes Verbandsparlament damit befassen.

In den Kollegen im Lande aber liegt es nun, die Vorarbeiten zu treffen. Diese bestehen darin, in allen Städten, wo dieses bisher noch nicht geschehen, Interessengemeinschaften (graphische Kartelle usw.) zu schaffen, damit recht bald dem Unternehmertum eine geschlossene Kampffront aller im graphischen Gewerbe tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen gegenübergestellt werden kann. Duisburg a. Rh. Rudolf Palehki.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Berlin. (Brandenburgischer Maschinenlegerverein.) In der Veramtlung am 31. August teilte der Vorsitzende zunächst mit, daß die geplante Wanderversammlung in Koblenz der schlechten Verkehrsverhältnisse wegen ausfallen müßte. Gegen eine Verlegung bis zum 1. Mai nächsten Jahres wurde kein Widerspruch erhoben. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten berichtete Kollege Braun über die Sarilausschulung. In eingehender Weise schilderte er den Gang der Verhandlungen, dabei das uns speziell Interessierende hervorhebend. Unsere Forderung auf Arbeitszeitverkürzung wurde seitens der Prinzipalsvertreter auf das entschiedenste abgelehnt; dagegen sei eine Feuerzulage von 15 Mk. erreicht worden. Wenn das Resultat auch nicht befriedigend, so könne es doch, wenn man es als Ganzes werte, sich sehen lassen. An dem Ergebnis übten einige Kollegen herbe Kritik, wobei betont wurde, daß, solange Sins und Kunsz, die von Maschinenlegerinteressen nichts verstehen, über unsere speziellen Arbeitsverhältnisse zu beschließen haben, man nichts Besseres erwarten könne. (Das ist eine Behauptung, die der Wirklichkeit direkt ins Gesicht schlägt, wenn man bedenkt, daß abgesehen von den Maschinenlegern im Sarilausschulungsausschuss die Geschäftsführer der Sachverständigen befanden. Red.) Kollege Bierath ergänzte im wesentlichen die Ausführungen Brauns. Im übrigen plädierte er für einen Maschinenlegerkongress, wo unsere Forderungen eingehend durchberaten werden könnten. Kollege Massini legte seinen Standpunkt als Organisationsleiter dar. Solange der Tarifvertrag bestünde, habe man die Beschlüsse zu respektieren. Eine Aktionsfreiheit halte er für verfehlt, gab aber zu, daß der einzelne die Situation bei Aktionsfreiheit auszuheben könnte, andererseits könnte man nichts dagegen tun, wenn die Prinzipale dasselbe Recht in Anspruch nähmen. Zur Frage der Arbeitszeitverkürzung für die Maschinenleger äußerte sich Kollege Massini dahin, daß dies eine Frage der Allgemeinheit, nicht nur einer Sparte sei. Hierauf brach die Veramtlung ab. Fortsetzung in der nächsten am 28. September. Zur Aufnahme hatten sich 18 Kollegen gemeldet. Am Sonntag, dem 5. Oktober, findet eine Vertrauensmännerverammlung statt.

-ch. Hannover. Am 31. August fand im großen Saale des neuerrichteten „Volksheims“ (früher Kriegerheim) eine von annähernd 1000 Mitgliedern besuchte Versammlung statt. Vorhergehender Lüge die alle Teilnehmer, auch die von auswärts erschienenen Kollegen, u. a. den Vorkorrespondenten aus Bremen sowie die Bezirksvorsitzer des Gaus Hannover, herzlich willkommen und sprach die Hoffnung aus, daß diese einen guten Eindruck von der Hannoverischen Kollegenliste mit nach Hause nehmen möchten. Hierauf erstattete unser Kreisvertreter, Kollege Rosenbrun, Bericht von der letzten Sarilausschulung. In eingehenden Ausführungen gab er ein anschauliches Bild von den Verhandlungen. In der sich an den mit Aufmerksamkeit entgegengenommenen Bericht anschließenden Aussprache wurde besonders das geringe Entgelt und das von wenig sozial empfundenen zugehende Verständnis der Prinzipalsvertreter bemängelt, denn die kleine Erhöhung der Feuerzulage trete bei den noch immer im Preise steigenden Lebensbedürfnissen, besonders Mehl, Brennmaterial, Licht, Steuern, Bekleidungsgegenstände, last gar nicht in die Erhebung; ebenso stiegen die rationierten Lebensmittel beträchtlich im Preise. Auch die Entlassung der Feuerzulage wurde einer scharfen Kritik unterzogen, wie auch die Bestimmung, daß die Kollegen im ersten Gehilfenjahre mit der Hälfte der minimalen Erhöhung abgefunden werden sollen, zumal von der enormen Steuer, welche mehr als das Vierfache der normalen Zeit beträgt, doch alle Gehilfen in allen Ständen gleichmäßig betroffen würden. Trotzdem konnte man aber nicht umhin, unsern Vertreter für seine Tätigkeit und den sachlichen Bericht Dank auszusprechen.

Leipzig. (Schriftschneidervereinigung.) Unsere Vereinigung hielt am 21. August ihre Halbjahresversammlung ab. Vorsitzender Heise gab seiner Freude Ausdruck über den außerordentlich guten Besuch. Es waren 28 Kollegen anwesend. Zur Beratsung teilte er mit, daß sich diese bedeutend gebessert habe. Von unsern Spartenkollegen sind 23 im Berufe tätig, 6 arbeiten außerhalb des Berufs, 5 sind noch arbeitslos. Mit den nichtorganisierten Kollegen dürften wir noch 10 arbeitslose Kollegen am Orte haben. Zu unser Tarifbewegung bezieht der Vorsitzende, daß die Prinzipale ausnehmend anantwortlich seien, sie seien grundsätzlich bereit, mit uns in Tarifverhandlungen einzutreten. Der Kreisleiter der Schriftschneiderprinzipale machte aber den Eintritt in Verhandlungen davon abhängig, daß die Schriftschneider der Firma Scheller & Glöckle von den für sie günstigen Tarifbestimmungen für die Metallindustrie zurückträte und sich unserer Bewegung anschließen sollten. Aus Gründen der Solidarität und Selbsthaltung könnten es die Kollegen der betreffenden Firma ab, sich gewisser Vorteile zu begeben und in die gestellte Falle zu geben. Infolge der veränderten Lage im Reich schlug der Vorstand vor, daß wir uns der einheitlichen Reichsarbeitsbewegung für das Schriftschneidergewerbe, der die Schriftschneider angehöre, anschließen möchten. Dieser Vorschlag wurde angenommen. Den Prinzipalen wurde von unser veränderten Stellungnahme Kenntnis gegeben. Der Tarif wurde nochmals kurz durchgesprochen. Es kam zum Ausdruck, daß man die Feuerzulage anerkennen sollte, dafür müßten, entsprechend der bestehenden Lebensverhältnisse, Normallohn gefordert werden. Ferner wurde die Bestimmung eines Garantielehns für die Akkordarbeiter verlangt. Auch die Forderung der Betriebsräte sei einschneiden festzuhalten. Es wurde dann die ausgearbeitete Anstimmigkeit mit der Zentralkommission besprochen. Die Kollegen billigten das Verhalten des Vorstandes in dieser Sache und geben dies in einer einstimmig angenommenen Vertrauensresolution kund. Den allgemeinen Geschäftsbericht erstattete Kollege Heise. Er führte den Verammelten vor Augen, daß unsere Vereinigung ganz bedeutende Fortschritte seit dem November gemacht habe. Daß die Kollegen des Arbeiterbundes wurde dem Kollegen C. Kunze Entlassung erteilt. Infolge langer Krankheit des bisherigen Vertreters G. Wagner machte sich die Wahl eines zweiten Vorsitzenden notwendig. Der Vorsitzende dankte dem Kollegen Wagner für seine aufopfernde Tätigkeit als Vorstandsmann, ließ fest bestehen unsern Sparte. Ferner gab Kollege Otto Arnold einen Bericht über die neu gegründete Bildungsgemeinschaft der Verbandsparten. Die Kollegen nahmen mit Interesse von der Sache Kenntnis. Eine zahlreiche Beteiligung unterließ wurde zuverläßt.

Pöfnach. Unsere Monatsversammlung am 24. August gestaltete sich zu einer recht anregenden. Kollege Ruhl begrüßte die zahlreich erschienenen, besonders einige von auswärts der Verammlung betreuende Kollegen. Infolge Amtsübertragung des bisherigen Schriftführers machte sich eine Neuwahl nötig. Vier Kollegen wurden neu in unsere Reihen aufgenommen. Einige weitere Neuanmeldungen wurden bis zu der hier stattfindenden Bezirksversammlung zurückgestellt. Nachdem noch einige Sachen ihrer Erledigung gefunden hatten, erstellte der Vorsitzende dem aus Oera erschienenen und herzlich begrüßten Bezirksvorsitzer Seuffel das Wort zu seinem sehr interessanten Vortrag. Redner stellte zunächst den rückwärts wendenden Krieg und die daraus hervorgegangenen verheerenden Wirkungen für das arbeitende Volk und unser geliebtes Vaterland dar, speziell auch für unser Buchdruckerberuf. Nach einem warmen Appell an die Kollegen, sich dem Organisationskomitee anzuschließen, schloß er seinen beifällig aufgenommenen Vortrag. In der folgenden Aussprache erklärte man sich mit den Ausführungen einverstanden. Die technischen Fortbildungskurse der Typographischen Vereinigung gelangen im September wieder zur Einführung. Es ist sehr zu wünschen, daß die Beteiligung an diesen Kursen eine recht zahlreiche werden möge.